

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagatschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Victoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Nicht Wille und Wort, sondern Macht!

Zum fünften Male siegte Brüning in offener Schlacht im Reichstag, jetzt mit der knappen Mehrheit von 25 Stimmen. Mit der Umbildung des Kabinetts hatte er vergeblich versucht, der Volkspartei und der westlichen Schwerindustrie entgegenzukommen. Es ist recht interessant, im Interesse historischer Wahrheit festzuhalten, was ein nicht gerade hervorragend fortschrittliches Zentrumsblatt, die „Westf. Volksztg.“ in Bochum, über die Vorgeschichte schrieb:

„Der Rücktritt des alten Kabinetts ist nicht von ungefähr gekommen, sondern er ist erzwungen worden. Insbesondere ist es die Deutsche Volkspartei gewesen, die auf den Druck der hinter ihr stehenden schwerindustriellen Kreise des Westens allzu willig in offene Kampfstellung zum Kabinett Brüning eintrat. Sie hat alle Wägen spielen lassen, um Brüning zu beseitigen. Nicht nur vor der Öffentlichkeit trat sie in Aktion gegen ihn, viel rühriger und viel schärfer hat sie hinter den Kulissen seinen Abgang betrieben. Die Kanzlei des Herrn Reichspräsidenten könnte darüber besten Aufschluss geben! Bevor aber die Volkspartei in Aktion trat, hatte die Schwerindustrie des Westens einen Vorstoß unternommen. Sie hatte es zuerst im guten Versuch, sich den Kanzler für ihre Wünsche gefällig zu machen. Eine Vertretung der Schwerindustrie ist in der Woche vor dem Sonntag, an dem Dingeldey zum ersten Male öffentlich in Hamburg dem Kanzler ein Mißtrauensvotum erteilte, in der Reichskanzlei gewesen und hat dort Brüning ihre Forderungen unterbreitet, die insbesondere auf eine Befreiung des Tarifrechts hinausliefen. Der Kanzler hat es aber abgelehnt, sich vor den schwerindustriellen Wagen spannen und sich seine Politik von den Großunternehmern vorschreiben zu lassen. Wäre der Kanzler auf die fast ultimativen Forderungen eingegangen, dann wäre alles schönste Harmonie geblieben, dann hätte Brüning nicht notwendig gehandelt, sein Kabinett umzubilden, vielmehr hätte sogar Dr. Curtius bleiben können. Nach dem Mißerfolg des schwerindustriellen Schrittes mußte die Volkspartei einspringen. Der frühere Staatssekretär Schmidt, der Außenposten der westlichen Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei, mußte auf der Sitzung der Reichstagsfraktion in Hamburg den Einseitigen spielen und hat es tatsächlich fertig gebracht, Dingeldey an die Öffentlichkeit zu schicken. Nur das ist ihm nicht gelungen, den Reichspräsidenten zu bestimmen, sich von Brüning loszusagen. Bei Hindenburg haben alle volksparteilichen Vorstellungen und Vorstöße nicht zu ziehen vermocht. Man hätte man schließlich erwarten dürfen, daß Volkspartei und Schwerindustrie, nachdem der Kanzler sich zu einer Umbildung seines Kabinetts hatte drängen lassen, sich auch zur Verfügung gestellt hätten! Aber weit gefehlt! Der Kanzler hat nichts unversucht gelassen, führende Männer aus der Volkspartei und der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise in wichtige Ministerämter hineinzubringen. Er hat mit Scholz, der lange Jahre volksparteilicher Führer war und jetzt noch Ehrenvorsitzender ist, hat mit Dr. Schmidt, der Volksparteiler ist, mit Dr. Bögl, der schon einmal volksparteilicher Reichstagsabgeordneter war und endlich auch mit Dr. Silberberg verhandelt. Sie alle haben abgelehnt, ein Ministeramt zu übernehmen! Und warum? Weil der Kanzler ihnen nicht zu Willen sein, weil er nicht sich unter volksparteiliche schwerindustrielle Diktaturgelüste beugen wollte! Das ist der Grund, weshalb es nicht zu der von Brüning angestrebten großen Kabinettsneubildung, sondern nur zu einer Auflösung gekommen ist! Brüning ist in diesen Tagen verlassen worden gerade von den Kreisen, die ihn als den Retter am lauteften begrüßt und umschmeichelt haben! Heute, wo sie ihm den Rücken gefehrt, fühlt man, daß Rettung für diese Kreise nur die Befriedigung der eigenen, die Gesamtinteressen des Volkes rückwärts an die Seite drückenden Sonderwünsche und Sonderziele bedeutet!“

Aus demselben Kreise, deren Verhalten hier geißelt wird, stammen die beiden Leute, die nach dem christlichen „Gewerksch. Bol. Zeitungsdienst“ die Freiheit hatten, in Briefen an den Reichskanzler diesen hasstbar zu machen für Verdienstauffälle infolge der Notverordnung, die eine große Häufung von Aufsichtsratsmandaten verbietet!

Die Deutschnationalen traten im Reichstag ganz offen an die Seite der schwerindustriellen Scharfmacher. Ihr Redner Oberfahren erklärte:

„Die Zwangsbewirtschaftung der Arbeit, jene Erzeugnisse der Nachkriegszeit, ist schuld an der Arbeitslosigkeit und muß beseitigt werden. Mit Hilfe des Schlichtungswesens und der Tarifverträge, die das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vergiften durch fremde Leute, die in ihren Sesseln sitzen und hohe Gehälter beziehen, sehen Sie Ihre Erfüllungspolitik fort.“

Gegenüber der reaktionären Front von Nazis bis zur Volkspartei zeigte sich im Reichstag erfreulicherweise eine andere Front.

die Einheitsfront der Gewerkschaften,

unterstützt durch Katastrophengegner aus dem Bürgertum. Vom „Deutschen“, dem Blatt, das Stegerwald nahesteht, wird die Tatsache dieser Front unterstrichen:

„Es gibt Leute im Lager der Reaktionäre, die den ängstlich gewordenen Gesinnungsgenossen einzureden versuchen, die Macht der Gewerkschaften sei heute nicht mehr so groß, ihr Einfluß sei stärkstens geschwunden, auch seien ihre Finanzverhältnisse nicht so günstig. Es ist nicht das erstemal, daß derartige Rechnungen sich hinterher als grobe Fehlleistungen erwiesen. So wird es auch in diesem Fall sein. Noch hoffen wir, daß es nicht so weit kommt, daß die gewerkschaftliche Macht mit allem

Nachdruck eingeseht werden muß. Wird sie aber eingeseht, dann werden ihre Gegner ihr blaues Wunder erleben...“

Unser Eindruck ist der, daß die Regierung, abgesehen von den Maßnahmen, die durch die vielen, oft recht grausamen wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert wurden, mehr als notwendig vor der Revolverpolitik der Schwerindustriellen und Großagrarien zurückgewichen ist. Es muß deshalb auch der gegenwärtigen Regierung mit allem Nachdruck offenbar werden, daß die Gewerkschaften keine Neigung haben, über das wirtschaftlich zwingende notwendige Maß hinaus die Arbeitnehmer zu belasten. Mit dem Bekenntnis der christlich-nationalen Arbeitnehmer ist nicht die Verpflichtung verknüpft, sich von Leuten wie dem Herrn Curtius zu lassen, die fortgesetzt wider den Geist der Volksgemeinschaft sündigen.“

Der Reichskanzler hat im Reichstag mit bemerkenswerter Schärfe Stellung gegen die Scharfmacher genommen. Er erklärte:

„Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu begehen, der uns über diesen schweren Winter hinwegführen soll, der von vornherein eine geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft bedeutet... Die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausweichens und nicht der Unterdrückung nach der einen oder der anderen Seite sein.“

Wir geben auf solche Erklärungen an sich nicht allzuviel, denn es kommt nicht auf den guten Willen einzelner Persönlichkeiten an, sondern auf die tatsächliche Macht der verschiedenen Gruppen. Es ist deshalb nicht ohne Bedeutung, daß sich

eine klare Mehrheit des Reichstags gegen die Sozialreaktion

ausgesprochen hat! Die Nazis zogen zum zweitenmal aus dem Reichstag aus, aus Feigheit! Sie wagten nicht, Farbe zu bekennen zu den vorliegenden außenpolitischen Anträgen, Einstellung der Reparationszahlungen usw. Sie wagten aber auch nicht, offen den Zwiespalt aufzuzeigen, der bei ihnen in Fragen der Sozialpolitik besteht. Daß auch ohne sie eine Mehrheit des ganzen Reichstags eine Anzahl wichtiger Anträge annahm, ist deshalb wichtig festzustellen.

Zur Sicherung des Tarifrechts

wurde mit 319 Stimmen der SPD., KPD., des Zentrums, der Christlichsozialen usw. gegen 80 Stimmen der Volkspartei und anderer Bürgerlicher der sozialdemokratische Antrag angenommen, der von der Regierung verlangt:

„Alle Pläne und Forderungen auf Befreiung oder Ausweitung des Tarifrechts abzulehnen; insbesondere sind die Anträge auf die Unabhängigkeit des Tarifrechts abzulehnen.“

Wären die Nazis nicht ausgerückt und hätten sie als „Sozialisten“ auch für diesen Antrag gestimmt, so hätten fast drei Viertel des Reichstags sich für dies Grundrecht der Arbeiter ausgesprochen! Warum taten die Nazis dies nicht? Wichtig ist aber die absolute Reichstagsmehrheit, 319 von 577, für die Sicherung des Tarifrechts!

Achtung, Ruhrbezirk!

Im November hält sich alles bereit zur Werbearbeit. Das letzte Mitglied muß mit dabei sein.

Die Unternehmer werden immer dreister,

weshalb wir unsere Reihen stärken müssen. Wenn alle mithelfen, muß uns das gelingen.

Befolgt deshalb die Werbearbeit!

Jedes Mitglied ein neues Mitglied!

Zur Winterhilfe für die Erwerbslosen

wurde von einer Mehrheit, die über SPD. und KPD. erheblich hinausging, der sozialdemokratische Antrag 1190 angenommen:

„Die Reichsregierung ist zu ersuchen, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Befreiung mit Kartoffeln und Kohle.
2. Die Naturalhilfe darf nicht zur Minderung der Geldunterstützung führen.
3. Die Naturalhilfe soll umfassen:
 - a) Kartoffeln, 1,5 Zentner pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen,
 - b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt.
4. Die Kohlenhändler sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exportertarife liegen.
5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, daß der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden.“

Zur Zülfenabfindung

wurde ein praktisch unmöglicher Antrag der SPD. abgelehnt, der sozialdemokratische Gesetzesentwurf in erster Lesung angenommen. Widerspruch des Grafen Westarp machte die zweite Beratung unmöglich.

Die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers B

wurde von SPD. und KPD. beschlossen, sie wird aber wohl gehindert werden durch Reichsratsanspruch.

Gegen Steuer- und Kapitalflucht

fand sich wieder eine Front bis in das Bürgertum. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der Steuerleistung und Sicherheitsleistung vorläufig für zwei Jahre, nachdem jemand ins Ausland verzieht, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der internationale Verhandlungen verlangt, um international die Kapitalflucht zu bekämpfen. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei wurde angenommen, der ein Gesetz verlangt, wonach deutschen Unternehmungen die Zugehörigkeit zu ausländischen Dachgesellschaften untersagt wird, wenn sie nicht selbst im Ausland nennenswerte Produktionsstätten haben.

Zur Kartell- und Preispolitik

fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, der Maßnahmen zur Preislenkung verlangt bei Eisen, Kohle, Düngemittel, Zement, Kali, Treibstoffen und Lebensmitteln sowie eine wirksame und straffe Kartell- und Monopolkontrolle. Eine Menge sozialpolitischer, steuerlicher Anträge usw. wurde den Ausschüssen überwiesen, die sich im November damit beschäftigen. Ob diese Beratungen glatt gehen oder vielleicht zu einer früheren Reichstagsberufung führen, läßt sich heute noch nicht sagen, ebenso wenig, was bei dem Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung herauskommt.

Bei den Verhältnissen, wie sie sich leider im Reichstag entwickelt haben, war die abermalige Vertagung des Reichstags und die Verlegung wichtiger Arbeiten in die Ausschüsse eine Notwendigkeit. Hätten wir aber nicht die Zerissenheit in der deutschen Arbeiterklasse, kämen zu der Front der Gewerkschaften noch die Kommunisten und etwa die Hälfte der Nazis, soweit sie „Sozialisten“ sein wollen:

welch unüberwindliche Front gegen die Reaktion hätten wir dann!

Die wahren vaterlandslosen Gesellen.

Mit welcher Gewissenlosigkeit deutsche Finanzleute ihr Vermögen ins Ausland verschoben haben, beweist eine Meldung des „Vorwärts“ in Nr. 484. Ein Thüringer Textilunternehmen schickte einen Beauftragten nach Holland, um dort über eine Anleihe zu verhandeln. Diefem gegenüber hat der Direktor einer holländischen Großbank sich folgendermaßen geäußert:

„Millionen und aber Millionen sind von den Deutschen in Holland und täglich gehen noch Millionen Mark über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Cent Zinsen an die Holländer. Wir sind sogar soweit, daß wir für das Behalten der enormen Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, welches sie (die Holländer) gar nicht haben wollen, die ganze deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen.“

Es hält schwer, hierzu Worte zu finden. Die deutschen Vaterlandsverräter haben ihr Geld ins Ausland verschoben und lassen sich anscheinend auch nicht durch die Androhung hoher Zuchthausstrafen dazu bringen, diese Gelder wieder nutzbringend in Deutschland anzulegen. Sie verzichten nicht nur auf ihre Zinsen, sondern zahlen eher noch etwas drauf, damit die holländischen Banken diese enormen Geldmengen verwalten. Gerechterweise müßten diese Scharpen einer nach dem anderen an den Galgen gebracht werden! Leider wird dies ein frommer Wunsch bleiben, weil diese großen Spiguben schlecht zu fassen sind. Aber für alle Zeiten muß dieser Vaterlandsverrat einiger Geldmenschen festgehalten werden!

Zur Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning.

Der Deutsche Reichstag ist bis Ende Februar 1932 vertagt worden. Die kurze Tagung hat mit dem Siege des Kabinetts Brüning geendet. Damit ist die Regierungskrise voraussichtlich auf einige Monate vertagt. Nunmehr tritt die äußerst schwierige Frage an alle verantwortungsvollen Politiker heran, welche Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um über diesen schwierigen Winter hinwegzukommen.

Der Stand der Dinge dürfte jedem Einsichtigen ohne weiteres klar sein. Eine riesenhafte Arbeitslosigkeit wird im kommenden Winter den Boden für ein großes soziales Elend ergeben. Klebige Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Arme der Beschäftigungslosen zu erhalten. Wir sind uns dessen bewußt, daß an die Finanzen der Behörden äußerst große Anforderungen gestellt werden. Die Steuereinnahmen werden weiter sinken, während die Ausgaben steigen! Ein jämlich trübes Bild steht einem so vor Augen.

Wie wir über diese furchtbare Notzeit hinwegkommen sollen und können, haben wir schon öfter in diesem Organ dargelegt. Unsere Hauptforderung gipfelt darin, die notwendige Kaufkraft zu schaffen durch Steigerung des Masseneinkommens, hauptsächlich der Löhne, damit der Ueberfluß an Waren aufgetauft und Raum zu neuer sich steigender Produktion geschaffen werden kann. Grundsätzlich stehen wir dabei auf dem Standpunkt, daß die fortwährende Preisentwertung, als Folge einer künstlichen Einkommensenkung über den Weg des Lohnabbaues, keineswegs einen rettenden Ausweg darstellen kann. Wir vertreten diesen Standpunkt, weil heute die Welt ungeheuer verschuldet und natürlich gezwungen ist, diese Schulden abzutragen. Bei fortschreitender Preisentwertung und damit verbundenem Sinken des Einkommens aber wird die Rückzahlung der Weltschulden immer schwieriger und der wirtschaftliche Druck immer schwerer. Den Vorteil haben bei solchem Prozeß nur die Gläubiger und die Leute mit Bankguthaben, während die große Masse der Habenichtse, besonders die Arbeiter, darunter leiden.

Notwendig wäre also, daß die internationale Finanzwelt alle vorhandenen Finanzierungs- und Kreditmöglichkeiten erschließt, um die Kaufkraft zu stärken. Leider geht man diesen Weg nicht. Auch in Deutschland hat man den anderen Weg gewählt, nämlich

Berminderung der Kaufkraft durch Lohnabbau!

Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als vorläufig zu fordern, daß, wenn schon diese Methode gewählt wird, dann aber auch ganze Arbeit zu machen, also nicht nur die Löhne zu kürzen, sondern vor allem auch die Preise.

Ja, die Preise müßten bedeutend mehr gesenkt werden, wenn das ganze Experiment einen Sinn haben soll, weil es doch nicht auf die Senkung an sich ankommt, sondern auf die Möglichkeit einer Wirtschaftsbelebung durch Steigerung der Kaufkraft. Da gibt es nur den einen Weg: das Verhältnis zwischen Masseneinkommen und Preisen zugunsten des Masseneinkommens zu verschieben.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht auseinanderzusetzen, daß aber demgegenüber die Löhne und Gehälter auf einen Stand heruntergedrückt sind, der eben noch eine kümmerliche Existenz gewährleistet. In vielen Abteilungen der deutschen Industrie sind die Löhne auf den Vorkriegsstand gesunken. Demgegenüber steht ein außergewöhnlich hoher Preisstand. Der In-

dez der Großhandelspreise ist im September auf 108,6 heruntergegangen. Nun dürfte es allgemein klar sein, daß die Großhandelspreise nicht den Kleinhandelspreisen entsprechen.

Die Kleinhandelspreise stehen bedeutend höher als die Preise des Großhandels. Der amtliche Lebenshaltungsindex zeigt im September einen Stand von 134. Während die Großhandelspreise vom September 1930 bis September 1931 von 128,8 auf 108,6 gefallen sind, haben sich die Lebenshaltungskosten nur von 146,9 auf 134 vermindert. Bei den Großhandelspreisen hat eine Verbilligung um rund 20 Punkte und bei dem Lebenshaltungsindex um 15 Punkte stattgefunden. Lebenshaltungsindex und Großhandelsindex zeigen einen sehr großen Unterschied. So ergibt sich die Tatsache, daß die Warenpreise bei der Fabrikation und im Großhandel niedriger geworden sind, während die große Masse als letzter Teil der Konsumenten nach wie vor außergewöhnlich hohe Preise zu zahlen hat.

Schuld daran ist allein der hohe Wall, der durch

die Preispolitik der Kartelle

aufgerichtet wurde. Diesen Wall zu durchbrechen ist die Aufgabe, die uns gestellt ist. Dieses Ziel kann nur durch eine tatkräftige Mithilfe der Regierung bzw. der Gesetzgeber erreicht werden. Einen Weg weist ein sozialdemokratischer Antrag, der in der Schlussitzung des Reichstages zur Annahme gelangte. Dieser Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erjudet die Regierung,

1. Maßnahmen zu treffen zur Senkung der überhöhten Kartellpreise namentlich für Eisen, Kohle, Zement, Düngemittel und Treibstoffe;
2. Maßnahmen zu treffen gegen Preisüberhöhungen, die auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs durch Preisbindungen von Innungen oder Zweckverbänden, die sich mit dem Preise der Innungen decken, hervorgerufen werden, oder die auf Preisbindungen der nächsten Wirtschaftsstufe beruhen;
3. die Einführung einer strengen und wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle vorzubereiten.

Dieser sozialdemokratische Antrag entspricht den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber der gegenwärtig geübten Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Senkung der überhöhten Kartellpreise, namentlich der industriellen Grundstoffe, ist in Konsequenz dieser Regierungspolitik ein dringendes Gebot der Stunde. Die Verbilligung der Lebensmittelversorgung kann unter keinen Umständen mehr hinausgeschoben werden. In den Jahren 1927 bis 1928 wurde durch eine Erhebung des Reichsstatistischen Amtes festgestellt, daß 45,3 Prozent aller Ausgaben eines Arbeiterhaushalts auf Nahrungsmittel entfallen.

Als diese Untersuchung durchgeführt wurde, hatten wir in Deutschland eine verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit. Heute, wo Löhne und Gehälter gesunken sind und die Arbeitslosigkeit hoch ist, wird der Anteil des Einkommens, der auf die Nahrungsmittel entfällt, wesentlich höher sein. Er wird teilweise drei Viertel des Einkommens ausmachen. Hieraus ergibt sich, wie außerordentlich wichtig die Senkung der Lebensmittelpreise ist. Die bisher geübte Agrarpolitik ist unter keinen Umständen mehr aufrechtzuerhalten. Die städtische und industrielle Bevölkerung Deutschlands ist durch den einseitigen Schutz der Landwirtschaft

dazu verurteilt, wesentlich höhere Preise als das Ausland für Lebensmittel aufzuwenden.

Den Führern der agrarischen Verbände geht diese einseitige Belastung noch nicht weit genug. Diese unerfälligen Volkerverführer und Demagogen werden auch noch nicht befriedigt sein, wenn noch höhere Preise für die Landwirtschaft garantiert werden. Selbst wenn man der Anschauung ist, daß die deutsche Landwirtschaft erhalten bleiben muß, so ist eine Umkehr dieser Politik in der jetzigen Zeit die einzige Rettung. Das Mittel hierfür liegt in der

Senkung der Lebensmittelpreise.

Wenn die Grenzen für die Einfuhr mehr geöffnet werden, wird sich eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten sofort einstellen.

Daneben muß aber auch der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs auf der letzten Stufe die größte Beachtung geschenkt werden. Hier stoßen wir auf Preisbindungen, die von Innungen und Zweckverbänden ausgehen. Wenn die Kartelle für Kohle, Eisen, Düngemittel usw. Produkte umfassen, die nicht unmittelbar von der Bevölkerung konsumiert werden, so greifen auf der anderen Seite die Innungen und Zweckverbände unmittelbar in die Lebenshaltung auch des kleinsten Konsumenten ein. Die Preisbindungen, die durch die Innungen der Fleischer, Bäcker, Schuhmacher usw. ausgeübt werden, verteuern die Lebenshaltung der Bevölkerung mindestens in dem gleichen Maße wie es die Landwirtschaft tut. Gemäß dem im Reichstag angenommenen Antrag muß es diesen Innungen verboten werden, durch organisatorische Beschlüsse die freie Preisbildung zu beeinflussen. Wir sind überzeugt davon, daß eine solche Maßnahme eine unmittelbare Erleichterung bedeuten würde. Die Einführung einer strengen und wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle, die sich auch auf die Innungen zu erstrecken hat, war niemals notwendiger als in der gegenwärtigen Zeit.

Der allein richtige Weg führt über Befestigung des Mißverhältnisses zwischen Preisniveau und Kaufkraft. Ein Erfolg auf diesem Gebiete wird zur Beruhigung der Bevölkerung führen und die Möglichkeit eröffnen, die grau in grau liegenden Monate der kalten Jahreszeit zu überwinden. Die Gewerkschaften werden ihren ganzen Einfluß einlehen müssen, auf diesem Gebiete Erfolg zu erzielen.

Daneben werden sie aber auch die Pläne zu verhindern suchen, die darauf ausgehen, weitere Lohn- und Gehaltsentzügen herbeizuführen. Deshalb begrüßen wir es, daß die ebenfalls von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Entschließung Annahme fand, wonach „alle Pläne und Forderungen auf Befestigung des Tarifrechts abzulehnen sind; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tariflohns abzuwehren.“ Die Regierung hat durch diese angenommenen Anträge eine Marschroute bekommen, die sie einzuschlagen hat. An uns liegt es, der Regierung den Rücken zu stärken, daß dies tatsächlich geschieht.

44. Woche

Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 25. bis 31. Oktober 1931

Diskussion über Zeitprobleme.

„Nun sag' mir doch mal: was hältst du eigentlich so von der ganzen Lage? Soll es denn jetzt besser werden, nachdem Dr. Brüning freie Hand für seine Politik im Winter bekommen hat?“

„Besser? Du bist toll, Kamerad! Wie soll es besser werden, jetzt, im Winter, wo es den Sommer hindurch schon immer schlechter geworden ist? Nein, besser wird es auf keinen Fall, im Gegenteil: es wird noch schlechter werden, aber — — —“

„Ja, aber dann sag' mir mal, wo das noch hinführen soll! Dann hat doch unser ganzes Wirken gar keinen Zweck mehr. Ich bitte dich: Noch schlechter?! Na, ich danke! Wie stellst du dir denn die Sache da eigentlich vor mit unserer Bewegung und so?“

„Mit unserer Bewegung? Ja, da stelle ich mir überhaupt nichts Besonderes vor, sondern ich sehe sie so wie bisher immer: Wir müssen sie vorwärtstreiben, stärken, müssen rüsten, um unseren sozialen Gegenpielern gewachsen zu sein und am Ende als die wirklichen Sieger dazustehen.“

„Mach' n Punkt, Mensch, von wegen gewachsen sein und Sieger und so. Wenn es noch schlechter kommen soll, dann ist das doch alles Phrasen und die Kämpfer laufen uns weg, statt daß wir neue gewinnen sollen.“

„Leider werden uns auch Teile der vorhandenen Kämpfer und Mitglieder weglassen, aber warum?“

„Warum? Weil sie ja schließlich verzweifeln und sagen, daß sich die Opfer nicht lohnen von wegen Beiträgen und so, wo es doch immer mehr rückwärts als vorwärts geht.“

„Du magst recht haben, daß das der äußere Anlaß ist. Der tiefere Grund aber liegt in der Unwissenheit dieser Mitglieder bezüglich der wirklichen Tatsachen. Es fehlt ihnen, um es anders zu sagen, die sozialistische Schulung.“

„Na, sag' das nicht. Ich kenne Kameraden, die laufen gingen, trotzdem sie schon zwanzig Jahre und länger in unieren Reihen standen.“

„Das besagt gar nichts. Die Dauer der Mitgliedschaft ist keineswegs ein Gradmesser für die organisatorische oder sozialistische Schulung. Organisatorische und sozialistische Schulung beweist sich allein durch das Verhalten der Mitglieder in Krisenzeiten.“

„Wie meinst du das?“

„Nun, in guten Zeiten ein treues Mitglied sein, ist kein besonderes Verdienst. Wenn es ständig Erfolge gibt, dann kann jeder gern Opfer bringen und Beiträge zahlen, weil sie im Erfolg ja wieder vielfach gutgemacht werden. Aber in Krisenzeiten, in denen neben den Opfern noch Verluste im Kampf getragen werden müssen, in solchen Zeiten das Vertrauen in seine Organisation halten, das spricht für Ueberzeugung und Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes.“

„Ist schon richtig, gewiß; aber der Klassenkampf muß auch einen Sinn haben, muß Erfolge bringen, aber wenn es immer schlechter werden soll, na — — — Ich meine, das ist nicht meine Auffassung, aber die Leute sagen doch so. Was willst du da machen?“

„Was ich oder ein anderer da machen will, ist hier gar nicht mehr die Frage. Wir müssen hier einfach das machen was hier allein zu machen übrig bleibt, nämlich immer mehr Belehrung und Aufklärung unter die Mitglieder tragen, damit

sie diese schwere Zeit der Prüfung richtig verstehen und damit auch bestehen lernen.“

„Ja, das tun wir ja schon immer. Wir sagen jedem draußen, daß wir eben durchhalten müssen, und daß es auch mal wieder anders kommt.“

„Das ist sehr gut, Kamerad, aber vor allen Dingen müssen wir die Mitglieder lehren, warum wir überhaupt solche Krisenzeiten haben und warum diese gewaltige Not hereingebrochen ist, gegen die wir als Organisationen fast wehrlos sind.“

„Da kannst du viel reden darüber. Da kommen die Kommunisten und die Nazis und sagen einfach, weil die Gewerkschaften eine verkehrte Politik gemacht haben und noch machen. Sollst mal sehen, wie da die Masse der Indifferenten Beifall spendet und auch viele Mitglieder oft beifällig nicken.“

„Leider ist das heute noch so. Aber, mein lieber Kamerad, gerade hier haben wir mit unserer Schulung einzusetzen. Wir haben hier zu beweisen, daß gerade die Kommunisten, die solche Reden führen, damit beweisen, daß sie nicht die Spur von der sozialistischen Lehre eines Karl Marx in sich aufgenommen haben. Hätten sie das, dann müßten sie wissen, daß die Grundlehre des Sozialismus in der Feststellung enthalten ist, daß privatkapitalistische Wirtschaftskrisen unvermeidlich sind.“

„Ja, das sagen die ja auch. Aber sie sagen noch weiter, daß die Gewerkschaften hier alle Angriffe der Unternehmer abschlagen könnten, wenn sie nur kämpfen wollten.“

„Damit beweisen sie ja gerade ihre völlige Unkenntnis gegenüber der marxistischen Lehre. Das ist ja der Sinn der Revolutionslehre von Karl Marx, daß er schrieb, daß die kapitalistischen Krisen einmal so furchtbar über die Gesellschaft hereinbrechen müssen, daß die Arbeiterklasse nur vor die Wahl gestellt bleibe, entweder im Elend umzukommen oder aber sich gegen die Kapitalistenklasse aufzulehnen und die Produktionsmittel selbst in die Hand zu nehmen.“

„Ja, das verlangen die Kommunisten ja auch. Die wollen ja auch die Revolution und den Sozialismus.“

„Mag sein, daß sie das wollen. Was sie in Wirklichkeit mit ihrer Katastrophenspolitik erreichen würden, steht aber auf einem anderen Blatt. Aber vorerst wollen wir nur festhalten: Wenn also kapitalistische Krisen unvermeidlich sind und unvermeidlich, so ist furchtbare Not und Elend für die Arbeiter mit sich bringen müssen, wie kann man da den Gewerkschaften die Schuld an den heutigen Verhältnissen beimessen? Das ist die Frage, die sich jeder Arbeiter vor allen Dingen vorzulegen hat.“

„Soweit ist das sehr richtig. Aber hier werfen die Kritiker ein, daß diese Feststellung von der Unvermeidbarkeit der Krisen und ihrer sozialen Not gar nichts nützt, sondern allein, wie das unumgänglich gemacht werden kann. Und hier bleibe doch nur der eine Weg: Ueberwindung des Privatkapitalismus und Aufbau des Sozialismus! Und hier, so sagen die Kommunisten weiter, versagen die Gewerkschaften.“

„Ja, ja, ich weiß; und hier schreiben gerade die Unorganisierten am lautesten Beifall, nicht wahr? Aber siehst du, wenn die Ueberwindung des Privatkapitalismus und der Aufbau des Sozialismus nur davon abhängig wäre, daß die Gewerkschaften das verlangten, dann wäre der Sozialismus längst da. In

Wirklichkeit aber ist das nur zu erreichen über den Weg eines ungeheuren Machtkampfes zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse. Und diesen Kampf vorzubereiten in einer Weise, daß auch der Sieg des Proletariats sicher ist, das ist die Arbeit, die wir gegenwärtig zu leisten haben, wobei wir gleichzeitig den Kampf führen gegen die schlimmsten Gefahren, von denen die Arbeiterklasse durch diese Krise, und insbesondere durch den Kampf der Kapitalisten zur Ueberwindung der Krise, bedroht ist.“

„Schon gut, aber hier haben die Kommunisten ein und verweisen auf die Politik Brünings, die wir als Gewerkschaften und auch in der Sozialdemokratie dulden, obwohl sie doch offensichtlich große Nachteile und Verschlechterungen für die Arbeiterklasse bringe.“

„Das hat sicher seine Wirkung auf ungeschulte Arbeitermassen. Aber hier ist die Frage zu stellen: Wenn wir das Kabinett Brüning nicht hielten, käme dann der Sozialismus, oder was erkünde an seiner Stelle?“

„Ja, das ist klar, was dann käme, nämlich die sogenannte nationale Opposition, die ja besser hieße reaktionäre Opposition.“

„Richtig! Und deren Programm ist ja doch zur Genüge bekannt, denn es ist das Programm der Schwerindustrie, deren Vertreter ja in Harzburg anwesend waren.“

„Wohl; aber nun kann man einwerfen, warum sich die Arbeiterklasse das alles gefallen läßt und nicht einfach mit ihren Feinden aufräumt, das heißt die politische Macht an sich reißt.“

„So kann nur der fragen, der noch nicht eingesehen hat, daß ja das ganze politische Ringen der letzten Zeit zwischen dem schaffenden Volk, den Gewerkschaften und den demokratischen und republikanischen Parteien auf der einen und den Parteien der Reaktion und der Diktaturgelüste sowie der Schwerindustriellen und Großagrarien auf der anderen Seite, im Grunde gar nichts anderes ist als das Ringen um die politische und damit auch wirtschaftliche Macht.“

„Da hast du schon recht. Aber das dauert doch alles zu lange. Mittlerweile wird die Not immer größer, die Arbeiter erleiden immer mehr Verluste und die Verzweiflung fängt allmählich an, die Massen zu verüben.“

„Du stellst damit nur erneut etwas fest an Hand der Wirklichkeit, was Karl Marx schon vor achtzig Jahren prophezeit hat. Jawohl, so ist es: die Not wird immer größer, die Arbeiterklasse kommt immer mehr unter Druck und die Verzweiflung, wenigstens unter den Indifferenten, nimmt immer mehr zu. Aber gerade hier ist der Zeitpunkt der Entwicklung, in dem sich die organisierte Arbeiterkraft auf ihre geschichtliche Mission zu besinnen hat. Jetzt geht es vorläufig nicht um die Frage, ob wir als Arbeiterklasse da und dort Schläppen erleiden, ob wir Lohnabbau hinnehmen müssen oder nicht, sondern es geht um die Frage, wer in dem Ringen um die politische Macht und damit um den endgültigen und dauernden Sieg im Staate und um die Wirtschaftsführung triumphiert.“

Schlagwetterexplosion auf Mont Cenis.

Auf der Zeche Mont Cenis I-III bei Herne in Westfalen ereignete sich am Montag, dem 19. Oktober, in der Frühlicht gegen 8.30 Uhr, im Revier 5 der westlichen Abteilung (Flöz A) eine Schlagwetterexplosion, bei der neun Bergarbeiter sofort tot blieben, während immerhin zwanzig Verletzte gezählt wurden. Es sind bis jetzt weitere acht gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf siebzehn erhöht hat.

Die letzten beiden Jahre waren reich an Grubenkatastrophen. Mehrere hundert tote Bergleute sind neben zahlreichen Krüppeln die beklagenswerten Opfer. Sie sind gefallen und wurden verstümmelt im Dienste für die Allgemeinheit, der sie den Urstoff der technischen Kraft für den Wirtschaftsmechanismus liefern. Bergmannslos — so heißt es. Das mag bis zu einem gewissen Grade stimmen. Zweifellos birgt nämlich die Tiefe der Grubenbetriebe Gefahren in sich, die auch mit bestem Willen nicht völlig beseitigt werden können, weshalb auch mit bestem Willen nicht völlige Sicherheit für das Leben der dort unten arbeitenden Bergarbeiter geschaffen werden kann. Bis zu einem gewissen Grade aber ist es möglich, diese stets lauenden Gefahren zu bannen. Und es ist auch in den letzten Jahren, nicht zuletzt als Folge des unermüdbaren Kampfes unseres Verbandes in dieser Richtung, gelungen, manche wertvolle Abwehrmaßnahme obligatorisch wirksam werden zu lassen.

Leider aber genügen Vorschriften und Abwehrmöglichkeiten allein noch nicht. Es muß vor allen Dingen den Bergarbeitern die Möglichkeit gelassen werden, der Innehaltung bestehender Vorschriften gerecht zu werden und bestehende Abwehrmöglichkeiten gegenüber den Grubengefahren auch auszuüben zu können. Und hier ist der wunde Punkt dieses ganzen Fragenkomplexes. Der Bergmann jagt, daß ihm das im Bergbaubetrieb übliche Antreibesystem einfach nicht gestalte, immer an seine Sicherheit zuerst zu denken, wie es die Unfallchirurgie so schön verlangt. Und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß hier tatsächlich die Richtung angezeigt ist, in der fast immer die letzte Ursache von Grubenkatastrophen gefunden werden könnte.

Daß das nicht leere Worte sind, beweist schon die Tatsache, daß gerade in den letzten beiden Jahren, den sogenannten Krisen Jahren, sich die Massenunglücke so auffallend häuften. In Krisenzeiten ist der Druck auf die Arbeiterschaft ganz natürlich stärker als sonst. Und insbesondere wird in solchen Zeiten auch dem Arbeiter die Möglichkeit erschwert, seinen auskömmlichen Lohn zu verdienen, weil der Unternehmer möglichst Lohn sparen will, daneben aber für den zu zahlenden Lohn möglichst viel Leistung verlangt. Dieser Druck auf den Arbeiter, bei geringerem Lohn mehr Leistung zu vollbringen, wird dann noch verstärkt durch die Bedrohung mit völliger Entlassung, welche letztere ja auch dem Belieben des Arbeitgebers unterstellt ist. So bleibt es nicht aus, daß schließlich die Sorge um die materielle und soziale Existenz den Arbeiter gegen dritte Gefahren gleichgültig macht. Das Risiko seines Arbeitslohn und seiner Arbeitsstelle, das unter dem Druck von oben drohend vor ihm gestellt ist, wiegt eben schwerer, weil unmittelbarer, als das Risiko der allgemeinen Berggefahren. Und wo die letzteren dann besonders akut sind, da muß eines Tages das Unglück kommen.

So war es in den letzten beiden Jahren überall dort, wo die Massenunglücke passierten, so war es auch diesmal auf Mont Cenis. Gerade auf Mont Cenis ist nachweisbar, daß die Bergleute stets in heißer Sorge um ihren auskömmlichen Lohn kämpften. Das beweist am besten ein Vergleich der dortigen Sauerhöhe mit den Löhnen des Gesamtreviers. Der Sauer-Durchschnittslohn betrug nämlich

im Durchschnitt des Ruhrreviers

auf Mont Cenis

1931: Januar 9,28 M. 9,56 M.

Februar 9,36 M. 9,59 M.

März 9,15 M. 9,57 M.

April 9,29 M. 9,59 M.

Mai 9,18 M. 9,56 M.

Juni 9,13 M. 9,53 M.

Juli 9,08 M. 9,50 M.

Man ersieht daraus, daß die Bergleute auf Mont Cenis unter einem besonderen Druck im Kampf um ihren Lohn stehen, da es ihnen nie möglich gemacht ist, den Gesamtdurchschnittslohn des Ruhrreviers zu erreichen. Für denjenigen, der weiß, wie fieberhaft der Bergmann um jeden Groschen ringt, den zu erarbeiten ihm im Betrieb die Möglichkeit gegeben ist, der ist sich beim Vergleich vorstehender Zahlen sofort klar, daß auf Mont Cenis ein wahres Jagen und Hezen nach einer Leistung besteht, die es ermöglicht, vielleicht doch noch den im gesamten Ruhrrevier gezahlten Durchschnittslohn zu erreichen. Daß das nicht gelingt, beweisen vorstehende Zahlen. Und daß dabei also über die Sorge und dem Bemühen nach etwas höherem, auskömmlicheren Lohn die Sorge um die Gesundheit und den Schutz vor möglichen Gefahren zurücktritt, dürfte damit ebenfalls klar sein.

Es kommt nämlich hinzu, daß Mont Cenis nicht nur mit die niedrigsten Löhne aufweist, sondern auch zu jenen Zechen gehört, auf denen der Bergmann noch viel Lohnausfall durch Feierschichten hat.

Auf Mont Cenis wurde zum Beispiel im Jahre 1931 gefeiert im

Januar am 21., 27., 29.;

Februar am 3., 5., 9., 13., 17., 20., 24., 26.;

März am 2., 4., 12., 16., 27.;

April am 1., 30.;

Mai am 8., 28.;

Juni am 24.;

Juli am 28., 30.;

August am 13., 26.;

September am 1., 4., 10., 17., 23.

Als drittes Moment kommt hinzu, daß dieser materielle Druck auf Mont Cenis stark verstärkt wird durch einen rein moralischen. Einzelne führende Beamte dieser Zeche sind nämlich ausgesprochen reaktionär im politischen Sinne tätig. Es ist besonders der Stahlhelm, der sich hier höher Gunst erfreut und gefördert wird. Wer da gefinnungsmäßig anders eingestellt ist, hat es natürlich doppelt schwer, sich gegenüber dem herrschenden Beamtenregiment zu verteidigen und zu halten. So ist es also kein Wunder, wenn sich auf Mont Cenis schließlich Verhältnisse entwickelt haben, die zu dieser Katastrophe führen mußten. Wir können an dieser Stelle nur all diese Tatsachen aufzählen, werden aber den ganzen Einfluß unserer Organisation

geltend machen, um hier Aenderung schaffen zu können. Wir erwarten von der Bergarbeiterschaft, daß sie uns hierbei unterstützt wird, was sie am besten tun kann, wenn sie sich zu uns bekennt und unsere Reihen auffüllt, daß wir stark genug werden, unseren Willen auch durchsetzen zu können.

Die Opfer von Mont Cenis dürfen nicht umsonst gezählt werden! Die siebzehn Tote, die diese Explosion bis jetzt gefordert hat, sowie die große Anzahl Schwer- und Leichtverletzter müssen Mahnung an alle sein und dürfen gerade jetzt auch als Warnung gelten für diejenigen, die den Bogen im Ruhrrevier überspannen wollen. Die Zechenbesitzer sind dabei, den Lohn des Bergmanns noch mehr herabzudrücken, also den Druck noch mehr zu verstärken. Wir warnen heute schon vor solchem Beginnen, weil es sonst vielleicht nicht bei der Grubenexplosion allein bleibt, sondern möglicherweise auch einmal zu einer sozialen Explosion unter den Ruhrbergleuten führt. Einmal muß nämlich die Geduld der Bergleute ihr Ende haben. Man mache deshalb Schluß mit der Politik der fortschreitenden Belastung der Bergarbeiter und leite eine Politik ein, die denselben, der wichtigen und bedeutsamen, aber ebenso schwierigen und opferreichen Arbeit in der Grube entsprechend, eine angemessene Bezahlung und damit einen wirksamen Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit gewährleistet.

Die Beilegung der Opfer

fand am Donnerstag, dem 22. Oktober, statt. Eine unübersehbare Menge nahm an der Beerdigung teil, damit nicht nur den Angehörigen der Toten ihre Anteilnahme an deren Leid, sondern auch den Bergarbeitern allgemein ihr Mitgefühl und ihre Sympathie bekundend in deren Kampf mit den Gefahren der Tiefe. Berghauptmann v. S y a x e l d richtete in seinen Worten, die er am Grabe sprach, auch eine Mahnung an Regierung und Behörden, darüber nachzudenken, was noch alles getan werden müsse, um den Bergarbeitern genügend Schutz und Hilfe in ihrem schweren Berufe zu bringen. Ein Vertreter unseres Verbandes wurde durch die Polizei am Reden gehindert, was auf einem Mißverständnis beruht, wobei wir angesichts der ernstlichen Gelegenheit nicht unteruchen wollen, auf welcher Seite die eigentliche Schuld hierfür liegt. Erwähnt sei noch, daß uns auch von vielen ausländischen Stellen und Organisationen Beileidstelegramme zugingen im Gedanken an die toten Bergleute und ihre Angehörigen, so unter anderem auch vom Sekretär des Internationalen Bergarbeiterkomitees und unserer französischen und holländischen Bruderorganisationen.

Zur Katastrophe selbst.

Als uns die Nachricht von einer großen Grubenkatastrophe auf Mont Cenis erreichte, faßte uns Entsetzen. Wie ist das möglich, trotz Gesteinstaubverfahren? Zustände wie auf Anna II: Hohlräume, große Schlagwettermengen? Oder sollen es umgekehrte Abbaustöße sein? Ungefähr das letztere hat sich dann später als Ursache herausgestellt. Doch zuerst eine Vorbemerkung:

Unsere Reichskonferenz am 19. und 20. November 1930 in Berlin befaßte sich eingehend mit Fragen der Grubensicherheit. Nach dem Bericht unserer „Bergbau-Industrie“ (Nr. 49, 1930) führte der Referent folgendes aus:

„Am Ruhrbergbau hat sich das Gesteinstaubverfahren bewährt. Durch die Rationalisierung werden aber unerträgliche Zustände geschaffen, Zustände, die den Schutz gegen Explosionen beseitigen. Es ist vorgeschrieben, daß die einzelnen Abbaustöße gegeneinander durch Wandersperrern abgeriegelt sein sollen. Das Oberbergamt geht dazu über, die Zechen von den Wandersperrern zu entbinden. So ergeben sich Abbaustöße von 500, ja in einem Falle sogar von 700 Meter Höhe. Kommt es vor einem derartigen Abbaustöße zu einer Explosion, so sind die darin befindlichen Leute — und deren Zahl ist nicht gering — schutzlos und verloren!“

Die „Bergpolizeiverordnung über die Anwendung von Gesteinstaub zum Schutze gegen Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen“ bestimmt im § 3, daß Abbaubetriebe eines Abbaustößels gegeneinander mit Wandersperrern abzuriegeln seien, wenn der Abstand von Kohlenstoß zu Kohlenstoß mehr als 15 Meter beträgt.

Auf der Zeche Mont Cenis war das Gesteinstaubverfahren den Vorschriften entsprechend durchgeführt. Diese Zeche hat auch noch keinen Antrag auf Entlastung von den Wandersperrern an das Oberbergamt gestellt. Man hatte es aber auch nicht notwendig, weil dort sehr wenig Wandersperrern eingerichtet sind. Das erreicht man dadurch, daß man die Abstände zwischen den Abbaustößen unter 15 Meter hält.

Die Explosion nun wurde hauptsächlich genährt durch den Kohlenstaub des westlichen Abbaustößels zwischen der Sohlenstrecke, der Teilsohle und dem Ort 2. Auf den beiden Ortsbetrieben werden Schlagwetter hinzugekommen sein. Ueberhaupt ist der Ausgang der Explosion auf einem der beiden Ortsbetriebe zu suchen. Die Sohlenstrecke war nur etwa 10 Meter vorgefahren und mit einer Sonderbewetterung versehen. (Auf dem Bild ist diese angedeutet.) Am unteren Stoß wurde eine Lutten-tour mitgeführt, die an sich ordnungsmäßig eingerichtet war. Die Wetterbewegung in der Lutte erfolgte durch Brekluftdüse. Am oberen Stoß entlang wurden gemeinsam mit dem Streckenvortrieb einige Meter Kohle mit abgebaut und dort dem Abbaustöße vorangehend Holzpfähle gesetzt. Ueber den Holzpfählen bzw. zwischen diesen und dem Kohlenstoß wurde noch eine Hilfs-Sonderbewetterung mitgeführt, bestehend aus zwei Lutten. Auch dort wurde eine Düse zum Wetterantrieb benutzt. Diese den Umständen nach unbedingt notwendige Hilfsweilertulle hat vor der Explosion etwa 4 Meter rückwärts gehangen. Da Sauglutten bekanntlich nur die unmittelbar vor der Luttenmündung befindlichen Wetter ansaugen, bestand in der Firtle vor dem Vortriebsstoß eine mangelhafte Bewetterung. Dort mußten sich bei einer einigermaßen starken Entgasung Schlagwetter ansammeln. Das Flöz gehört zur gefährlichen Fettkohlenpartie.

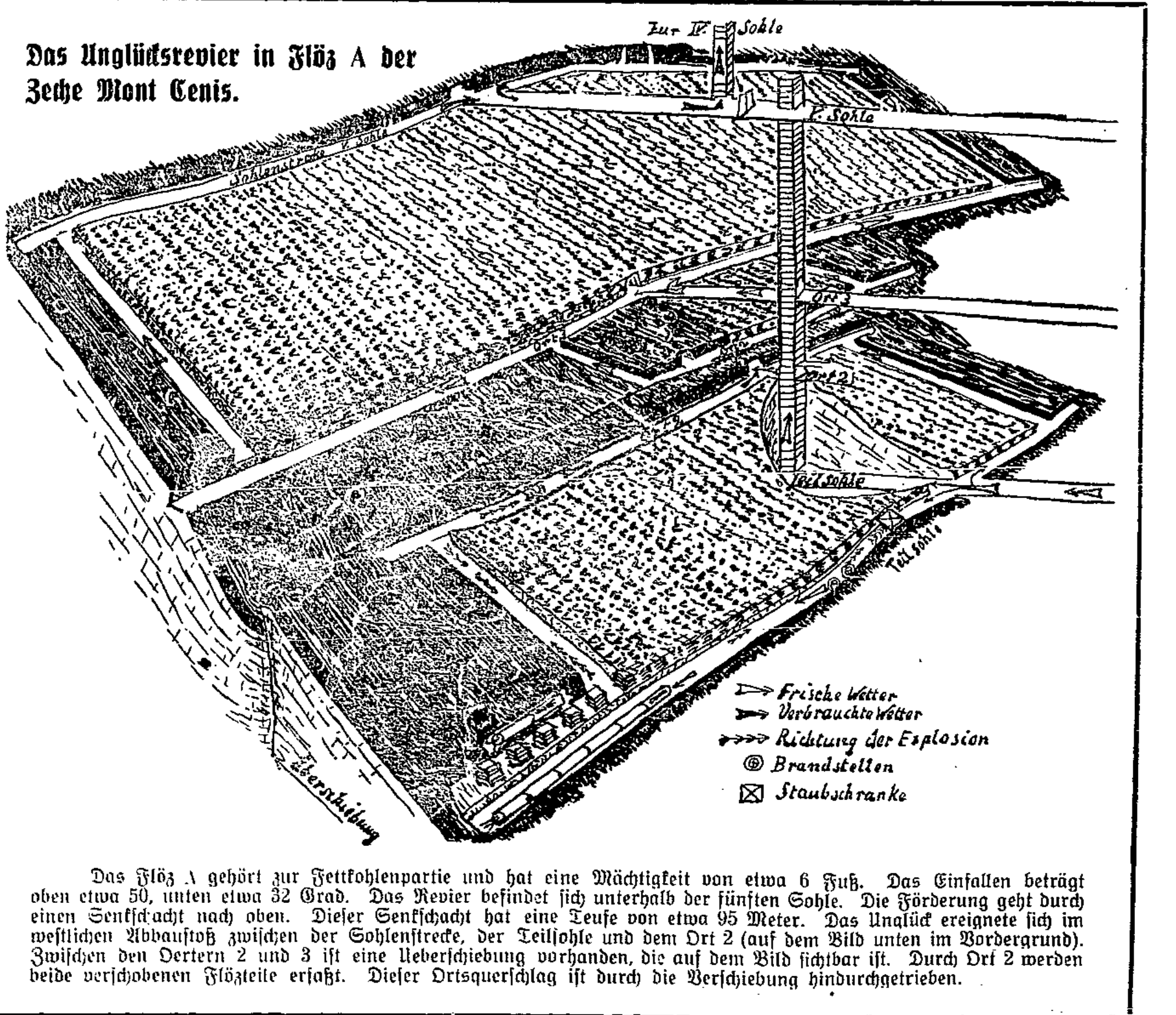
Der Streckenvortrieb auf Ort 2 stand nur etwa 4 oder 5 Meter gegen den unteren Abbaustöße vor. Da man aber mit der Strecke an einem Störungsgebiet vorbeifuhr, hatte man sich Schlagwetterausstritten stark zu rechnen. Auch dort befand sich deshalb eine Sonderbewetterung mit einem Ventilator. Die Einrichtung selbst ist uns in ihren Einzelheiten unbekannt.

Solche Streckenvortriebe mitläng den Sonderbewetterungen sind immer eine erhöhte Gefahr im Bergbau. Diese Ansicht ist wohl Allgemeinut aller verantwortungsbewußten fachkundigen Menschen.

Wegen der vorhin genannten Störung befand sich oberhalb Ort 2 kein Abbaubetrieb. Das ist ein glücklicher Zufall. Ohne diese Störung hätte man nach den auf Mont Cenis gebräuchlichen Abbaumethoden die Abbaustöße zwischen der Teil- und der fünften Sohle möglichst kurz hintereinander vorgefahren, ohne jegliche Sicherung der darin arbeitenden Belegschaft. Das Unglück wäre um das Mehrfache größer gewesen. Hier hat unsere Kritik einzusehen an den vorhandenen bergpolizeilichen Vorschriften.

Und auch hier sei wiederum vorausgeschickt: Nicht nur auf der erwähnten Reichskonferenz haben wir uns mit all den Dingen befaßt, sondern auch unser Vertreter in der Grubensicherheitskommission für den Oberbergamtsbezirk Dortmund und in der Hauptkommission hat auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Er hat nicht nur die Entlastung der Werke von den Wandersperrern kritisiert, sondern eine grundsätzliche Vorschrift für Sicherungen der Abbaustöße untereinander gefordert. Erledigt wurde die Frage nicht. Sie sollte in einer Sitzung des Sonderausschusses für Schlagwetter- und Kohlenstaubfragen behandelt werden. Das war schon im Dezember 1930. Diese Sitzung hat bisher noch nicht stattgefunden. Aus Geldmangel wahrscheinlich. Ist das Leben der Bergarbeiter nicht einmal mehr die Ausgaben einer solchen Sitzung wert? Hier wird ein ernstes Wort mit dem Finanzminister zu reden sein, der mit der Bekneidung der Geldmittel die Entwicklung auf dem Gebiete der Grubensicherheit hindert.

Der für die Explosion auf Mont Cenis in Frage kommende Abbaustöße ist nur etwa 50 Meter hoch. Und dabei zählte man sofort schon 9 Tote und 26 Verletzte, wovon bis Redaktionsschluss 8 weitere gestorben sind. Es gibt im Ruhrbergbau Abbaustöße, die noch einmal so hoch und noch höher sind und von denen mehrere übereinander liegen, ohne gegeneinander mit Sperrern



Das Unfallsrevier in Flöz A der Zeche Mont Cenis. Das Flöz A gehört zur Fettkohlenpartie und hat eine Mächtigkeit von etwa 6 Fuß. Das Einfallen beträgt oben etwa 50, unten etwa 32 Grad. Das Revier befindet sich unterhalb der fünften Sohle. Die Förderung geht durch einen Senfschacht nach oben. Dieser Senfschacht hat eine Teufe von etwa 95 Meter. Das Unlück ereignete sich im westlichen Abbaustöße zwischen der Sohlenstrecke, der Teilsohle und dem Ort 2 (auf dem Bild unten im Vordergrund). Zwischen den Orten 2 und 3 ist eine Ueberschichtung vorhanden, die auf dem Bild sichtbar ist. Durch Ort 2 werden beide verschobenen Flözteile erfaßt. Dieser Ortsquer Schlag ist durch die Verschiebung hindurchgetrieben.

Reichstanzler, Unternehmer und Gewerkschaften.

geschützt zu sein. Ist unsere Kritik an den vorhandenen Vorschriften, sind unsere Forderungen nicht berechtigt? Im allgemeinen lagen Sechen und Bergbehörden, daß in den Abbaustößen selbst das Gesteinstaubverfahren nicht angewandt werden könnte. Ganz richtig ist das nicht. Man kann auch dort das Gesteinstaubverfahren durchführen, allerdings auf Kosten des Betriebes. Die Durchführung würde die Gewinnungsarbeit erschweren. Wir denken dabei nicht an die Vollstreckung, vielmehr an Wanderarbeiten oder ähnliche Vorrichtungen. Wenn man an eine Sicherung in den Abbaustößen nicht herangehen will — geht die technische Entwicklung weiter, dann wird man sich auch dazu bequemen müssen — dann müssen wir zum Schutze der Bergarbeiter verlangen, daß zuverlässige Sicherungen zwischen den Abbaustößen grundsätzlich durchgeführt werden. Wir verlangen ferner, daß eine andere Behandlung der Frage der Ortsvortriebe Platz greift. Diese verfluchten Feuerlöcher haben schon Unheil genug angerichtet. Die Kontrolle ist vollkommen unzulänglich. Die Wetterkontrollen revidieren kurz vor der Morgenschicht, also nachdem die Betriebe bereits stundenlang geruht haben. Man weiß aber, daß die Entgütung mit der Aufnahme der Rohlengeminnung bedeutend zunimmt. Auch die Steiger sollen zwar während der Schicht die Betriebe kontrollieren, doch weiß man, wie dieses ausgeht. Die durch die Rationalisierung fast entseelten, oder besser gesagt der Vernunft beraubten Menschen sind oft gar nicht in der Lage, es regelrecht durchzuführen. Doch zur Klärung der Explosion auf Mont Genis.

Wie schon gesagt, beschränkte sich die Explosion auf den erwähnten Abbaustoß und die beiden Ortsvortriebe. Dort sind die Toten gefallen mit starken Brandwunden und Gasvergiftungen. In der Nachbarschaft erfolgten Verletzungen entweder durch mechanische Einwirkung (Explosionsstoß) oder durch die Nachschwabene. Vor den erwähnten Betrieben fand man auch die Merkmale der Explosion, wie starke Kohlenstauberfüllung und sonstige Hitzewirkungen.

Ueber die Entzündungsursache besteht zur Zeit keine Klarheit. Angenommen wurde zuerst eine Schlagwetterentzündung durch einen Schuß, der dann den Kohlenstaub zündete. Geschlossen wurde nur im Nebengestein der beiden Streckenvortriebe. Der Schießmeister fand sich zur Zeit der Explosion auf der fünften Sohle. Schwerverletzte haben bekundet, daß zur Zeit der Explosion geschossen worden sei. Ob nach dieser Seite hin Klarheit geschaffen werden kann, ist fraglich. Man hätte aber — das haben wir vor Redaktionsschluß erfahren — eine elektrische Mannschafslampe gefunden, und zwar auf Ort 2, deren Teile Schmelzmerkmale zeigen. Einzelheiten sind uns nicht bekannt, jedoch kann auch eine elektrische Lampe bei schlechter Beschaffenheit Schlagwetter entzünden. Eine Wetterlampe kommt Entzündungsursache kaum in Frage. Die einzige im Explosionsfeld befindliche Benzinsicherheitslampe war im Besitz des Steigers. Er befand sich zur Zeit der Explosion in der Nähe der Gesteinstaubschranke, wo er tot aufgefunden wurde. Die Lampe war zwar zertrümmert, doch geschah dieses sicherlich durch den Explosionsstoß.

Die Merkmale lassen erkennen, daß die Explosion im Abbaustoß sowohl von unten nach oben wie auch von oben nach unten geschlagen ist. Deshalb läßt sich auch der Ausgangspunkt nicht bestimmen. Die Heftigkeit der Explosion war sehr stark, und wenn man den zur Explosion in Betracht kommenden Raum vergleicht, war auch die Flammenbildung äußerst stark. In der Sohlenstrecke ist die Flamme trotz starker Einstaubung mit Gesteinstaub etwa 125 Meter weit nach vorn geschlagen. Sie erstreckte in einer Staubschranke, die sich 10 Meter vom Querschlag der Teilschneise entfernt in der Ortsstrecke befand. In etwa 25 Meter Entfernung von diesem Querschlag hat die Explosionsflamme zwei nicht weit voneinander entfernte Brände verursacht, also nachdem sie in der eingestaubten Strecke bereits einen Weg von über 100 Meter durchlaufen hatte. Die Strecke ist etwa 135 Meter lang.

Der erste am Unglücksort.

Der Grubenkontrollleur beim Bergrevier Castro, unser Bandskamerad Poschmann, beabsichtigte, das Revier zu befehligen und befand sich im Querschlag der fünften Sohle in der Nähe des Stapels, als die Explosion erfolgte. Er vermutete sofort Unheil, obwohl er zunächst noch nicht wußte, ob es eine Explosion oder ein Gebirgssturz gewesen sei, wodurch der Luftdruck und die Staubaufwirbelung verursacht wurden. Bald wurde ihm jedoch die Ursache klar. Aus der rückwärtigen Verbindung des Querschlags und Flöz A kamen schon Rauchschwaden an. Aber schon im ersten Augenblick ließ er telephonische Meldung nach oben machen, daß „etwas vorgefallen“ sei. Der Telephonkasten befand sich in nächster Nähe. Jetzt kam es ihm darauf an, keine Zeit zu verlieren. Ein Tuch vor den Mund gebunden und dann hinein in die giftigen Nachschwaden! Ein Gefährdeter kam bereits heraus, sein Kamerad befand sich weiter hinten und rief um Hilfe. Man drang vor, konnte aber den anderen nicht erreichen. Die Beine verletzten den Dienst und auf allen Wieren ging es zurück. Auch schien der um Hilfe Rufende nicht in so großer Gefahr zu sein wie Poschmann und der andere Helfer selbst. Die Preßluftleitung war nämlich hinten auseinandergerissen und blies stark aus. Dann ging es im Blindschacht herunter nach Ort 2 westlich. Dort Tote und Verletzte. Die Toten hatten Zeit genug. Für sie konnte man nicht mehr zu spät kommen. Nur Verletzte gesucht. Zwei fand man noch und schaffte sie mit größter körperlicher Anstrengung, stets von Giftschwaden umgeben, heraus. Dann ging es herunter zur Sohlenstrecke. Unten ein furchtbares Bild! Andere Kameraden, die im Querschlag der Teilschneise arbeiteten, kamen Poschmann zu Hilfe. Die Sohlenstrecke nach Westen war dicht mit Qualm gefüllt. Nach wenigen Schritten stolpern die Retter in der Dunkelheit des Qualms über einen zerstückelten menschlichen Körper. Er lag neben der Staubschranke. Dahinter Nichts. (Das waren die vorhin erwähnten Brände.) Eine Geheißfichte brannte lichterloh, ebenfalls die umeabende Holzimmierung. Mit Händen trug man den Staub der verwehten Schranke zur Brandstelle und löschte so gut es ging. Mittlerweile kamen Beamte hinzu, die auf Anforderung Poschmanns Wasser und Gesteinstaub herbeischafften. Der Brand war gelöscht. Es glimmte aber immer noch und qualmte furchtbar. Man sah den zweiten Brand. Holzimmierungen standen in Flammen. Auch diese Flammen wurden gelöscht. Das Tuch vor den Mund und hinein in die Giftschwaden! Man kletterte, stolperte über einen Bruch. Poschmann als erster, hinter ihm ein höherer Werksbeamter, der mittlerweile hinzugekommen war. Ueber dem Bruch fällt der Führer wieder über einen Toten. Auch der hat Zeit. Weiter! Denn hinten sieht man wiederum Licht und hört die Rufe Verletzter. Im Streckenvortrieb saßen zwei Verletzte, friedlich, bewußtlos. Sie lebten. (Es sollen zwei Mann aus dem Abbaustoß gewesen sein, die also schon heruntergekommen sein mußten.) Im Abbaustoß weiter brennende Lampen und Hilferufe. Zwei hart Verletzte zwischen den Holzpfählen und dem Kohlenstoß. Erspaten wir uns die Schilderung über die Bergung der Verletzten. Sie ist so grauig, daß man sie nicht wiedergeben kann. Die beiden Verletzten wurden mit Hilfe des Werksbeamten durch Poschmann herausgeschafft. — Dies ist der wesentlichste Teil der Erzählung unseres Kameraden Poschmann.

Poschmann selbst hat uns gebeten, von einer Hervorhebung seiner Tätigkeit Abstand zu nehmen. Wir können seinem Wunsche nicht entsprechen. Eine solche Tatkraft und Entschlossenheit ist

Reichstanzler Brüning hat gelegentlich der letzten Reichstagsklausuren in einem Zwischenruf zur Rede von Dingeldey darauf hingewiesen, daß man Pfingsten 1930 zwei Stunden lang so weit gewesen wäre, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zustande zu bringen. Diese sei aber dann „von einem bestimmten Teil der Industrie im letzten Augenblick zerfallen worden“.

Gegen diese Behauptung des Reichstanzlers wendet sich eine Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Die Erklärung hat Recht insofern, daß es sich damals nicht um eine „Arbeitsgemeinschaft“ handelte. Von allem Anfang an erklärten damals die Gewerkschaften, daß sie bei diesen Verhandlungen nicht an die Aufrichtung einer neuen Arbeitsgemeinschaft dächten, sondern daß sie lediglich bereit seien, der Aufforderung einzelner Unternehmer zur Aussprache über Möglichkeiten zur Behebung der Wirtschaft zu entsprechen und auch bereit seien, einer von ihnen für einwandfrei gehaltenen gemeinsamen Erklärung zuzustimmen.

Die neue Erklärung der Arbeitgeberverbände gibt aber zu, daß die Aenderung der anfänglich vorgelegten gemeinsamen Erklärung in reaktionärer und technischer Hinsicht, die von den beiden Zentralverbänden der Unternehmer für notwendig gehalten wurde, zum Abbruch der Verhandlungen führte. Wenn die Erklärung sagt, daß die Verhandlungen im wesentlichen an der Tatsache gescheitert seien, daß der einseitige Pressefeldzug mit seinen Indiskretionen „die Stellung der verhandelnden Gewerkschaftsführer außerordentlich erschwert“ habe, so stimmt das nicht. Zwischen den ersten Verhandlungen und der Aenderung des Entwurfes der gemeinsamen Erklärung lag eben jene Aktion der Scharfmacher besonders aus der westdeutschen Schwerindustrie, auf welche Brüning mit seinem Zwischenruf anspielt. Die Gewerkschaften haben über die damaligen Verhandlungen ganz offen berichtet. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ berichtete zu-

nächst in Nr. 24 über die von einer Gruppe von Arbeitgebern angeregten Verhandlungen. Sie wurden erleichtert durch das Zugeständnis dieser Arbeitgebergruppe, dafür einzutreten, daß alle Angestellten bis zum Generaldirektor hinauf von ihrem vollen Gehalt den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen sollten. Die Gewerkschaften erkannten diese wertvolle Verleistung an, waren aber der Ansicht, daß ein allgemeines Nothopfer, welches alle Bevölkerungskreise erfasste, vorzuziehen sei. Die Verhandlungen erstreckten sich auch auf die Frage der steuerlichen Befreiung, der Senkung der Selbstkosten usw., wobei die Gewerkschaften sich nachdrücklich gegen jede Senkung des Reallohnes, gegen jede Schwächung der Kaufkraft des arbeitenden Volkes wandten, weil nur die gegenteilige Methode die Wirtschaft beleben könne. „Die Grundlagen der Verhandlungen erschienen in den allgemeinen Umrissen gesichert“, schrieb die „Gewerkschafts-Zeitung“ in diesem Bericht. Dann aber zeigte sich die Schwierigkeit in dem Unternehmerlager, die Unternehmerpresse vertrat wie auf Kommando die Forderung nach Lohnabbau ohne Rücksicht auf Preislenkung und hinter den Kulissen wurde die einladende Gruppe der Unternehmer über den Kauf von Garanti. Am 24. Juni wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Sie mußten aber als ergebnislos abgebrochen werden. Die Gewerkschaftsvertreter gaben eine Erklärung ab, die in Nr. 26 der „Gewerkschafts-Zeitung“ wiedergegeben ist. In Nummer 27 wurde die Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände abgedruckt, die im schroffen Gegensatz zur Auffassung der Gewerkschaften Lohn- und Sozialabbau, einschließlich einer Umkehr in der Sozialversicherung usw. verurteilte. Diese Verschärfung der Lage war insbesondere auf das Vorgehen der nordwestlichen Unternehmer, auf den Einfluß der Schwerindustrie zurückzuführen und brachte automatisch den negativen Ausgang der Verhandlungen. Daran ändern alle gewundenen Erklärungen aus dem Unternehmerlager nichts!

nicht nur Anerkennung wert, sie verdient in der Geschichte des Rettungswesens einen Ehrenplatz. Kamerad Poschmann wußte, in welchen Gefahren er und seine Mitretter sich befanden, er kannte den Todeshauch der Nachschwaden. Durch nichts ließ er sich zurückhalten. Vorwärts, immer weiter! Anfeuernd, Anweisungen gebend, führte er das Rettungswesen. Schon die Lösung der Brände in gefährlichsten Giftschwaden, ohne irgendetwas durch Rettungsgeschäfte, ist eine Tat, die nicht zu überbieten ist. Wer sich in die Verhältnisse eines solchen Explosionsherdes hineindenken kann, dem scheint es unschäfer, wie Menschenkraft derartige Leistungen vollbringen kann. Aber auch das Rettungswesen hat durch diese Tat Anregungen bekommen, die wir später noch auszuwerten haben.

Bei dieser Gelegenheit darf erwähnt werden, daß, als Kamerad Poschmann vor einigen Jahren von uns zum Grubenkontrollleur vorgeschlagen wurde, von gewisser Seite Einwendungen gegen ihn erhoben wurden. Vielleicht wird man dort jetzt verschämt sein Haupt verhillen.

Elektrische Lampe als Entzündungsursache?

Ueber den Lampenfund an der Explosionsstätte auf Mont Genis erfahren wir noch folgendes: Die elektrische Mannschafslampe wurde auf Ort 2 im Streckenvortrieb unter Bergen verdeckt aufgefunden. Diese Lampe waren vom Hangenden wahrscheinlich noch vor der Explosion heruntergefallen und haben das Glasgestell, die Glaskuppel und die Glühbirne zertrümmert. Der Leuchtdraht ist dann durchgebrannt. Diese Merkmale sollen an dem Glühfaden feststellbar sein.

Ein solcher Vorgang wäre geeignet, die Schlagwetter zu entzünden, denn die Funken, die sich beim Zerbrechen der Birne am Glühdraht bilden, zünden Schlagwetter.

Jetzt taucht die Frage auf, wie es möglich war, daß die Bergleute in einem starken Schlagwettergemisch arbeiteten. Die Lampe muß doch, wenn man den Vorgang so annimmt, wie wir ihn vorstehend schilderten, auf der Sohle oder zum mindesten auf dem Hauptwerk gestanden haben. Es mußten also große Schlagwettermengen dort vorhanden gewesen sein. Hier zeigen sich deutlich die Mängel der Wetterkontrolle.

Ob es nun besser ist, die Wetterkontrolle durch reichlichere und exaktere Kontrollgänge zu verbessern oder ob es nicht besser ist, automatisch angehende Schlagwettermelder anzubringen, muß geprüft werden. Wir denken da z. B. an die Fleißner-Lampe, die, vor Ort gehängt, durch gut vernehmbares Heulen die Ansammlung von Schlagwetter anzeigt. Allerdings wird man uns entgegenhalten, daß dadurch neue Entzündungsgefahren vor die Ortsbetriebe hineingetragen werden, weil doch dieser Schlagwettermelder im Grunde genommen eine Benzinsicherheitslampe ist. Wenn man aber annimmt, daß die Fleißner-Lampe schon Schlagwetter anzeigt, bevor ihre Explosionsfähigkeit eintritt, so könnte man darin eine gewisse Garantie gegen neue Gefahren erblicken.

Aus dem Ruhrrevier. Wieder zu spät aufgestanden!

Im Halbschlaf reformistische Anträge ausgearbeitet und der Arbeitskammer eingereicht.

Von den Vertretern des sogenannten „Einheitsverbandes wurden in der gemeinsamen Sitzung der Arbeitnehmergruppe zu den Beratungen über die Arbeitsmarktlage im Ruhrbergbau am 6. Oktober d. J. in der Arbeitskammer Anträge gestellt, die hätten die Gewerkschaften sie eingebracht, von den Vertretern

Bergarbeiter

Der Preis beträgt 80 Pfennig.

also billiger wie im vergangenen Jahre. Bestellungen nimmt entgegen:

Buchhandlung
H. Hansmann & Co., Bochum.
Wiemelhauer Straße 38-42.

Tagentalender 1932

des GBD. und der RGD. als abgeheimer Arbeitervertreter bezeichnet worden wären. Anders klingt es, wenn solche Anträge von den Kommunisten gestellt werden. Hierüber belehrt uns das Organ der „revolutionären“ Bergarbeiter: „Der Grubenarbeiter“ Nr. 24 vom Oktober 1931. Die dort veröffentlichten Anträge sind in fast zentimetergroßen Buchstaben mit folgender Ueberschrift versehen: „Der GBD. vertritt die Arbeiterinteressen in der Arbeitskammer.“

Wenn wir uns diese Interessenvertretung etwas näher ansehen, dann könnte man auf den Gedanken kommen, daß der GBD. die Geschäftsberichte der Arbeitskammer durchgesehen und die dort abgedruckten und bereits in den vergangenen Jahren von den Vertretern der Gewerkschaften gestellten Anträge als neue Patentlösung der Arbeitskammer eingereicht hat. Die Anträge des GBD. sind:

1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden für unter und auf 8 Stunden für über Tage.
2. Verbot der Ueberarbeit, des Meter- und Zentimetergebendes.
3. Bei Stilllegung von Sechen Entziehung der Beteiligungsquote.
4. Verbot der Einführung neuer maschineller Hilfsmittel in der Grube, insbesondere von Schrämmaschinen, die die bisherige Tiefe übertreffen.
5. Anerkennung der Krankheiten (Gehör- und Nervenleiden), verursacht durch Bedienung von Preßluftwerkzeugen, als Berufsarbeit.

Daß dieser Antrag mit der Arbeitsmarktlage des Ruhrbergbaues nichts zu tun hat, sondern unter das Kapitel „entschädigungspflichtige Berufskrankheiten“ gehört, dürfte jedem einleuchten. Mit der Entschädigungspflicht der Berufskrankheiten hat sich die Arbeitskammer 1930 beschäftigt. Die Gewerkschaftsvertreter haben hierbei nachgewiesen, in welchem großen Umfange die Bergarbeiter durch die lärmverursachenden Preßluftwerkzeuge in ihrer Gesundheit geschädigt werden. In der Stellungnahme hierzu verlangte die Arbeitnehmergruppe die Ausdehnung der Unfallversicherung auf solche Betriebe, in denen Schädigungen des Gehörs und des Nervensystems hervorgerufen werden.

Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß das, was die Vertreter des „Einheitsverbandes“ jetzt verlangen, die Gewerkschaftsvertreter in der Arbeitskammer schon längst in Entschädigungen und Stellungnahmen gefordert und den hierfür in Frage kommenden Körperchaften gezeigelt haben. Damals wurde durch diese Forderungen (nach der „Betriebs-Zeitung“ vom Juli 1931, Schacht Erin 1-3) den Grubenbetriebern der Weg zur Auspöschung der Bergarbeiter gezeigt. Heute dienen diese Forderungen nach dem „Grubenarbeiter“ der Interessenvertretung der Bergarbeiter.

Nach dem Uebertritt des Pastors C d e r t zur RPD. darf man wohl auch ein Bibelwort zitieren und sagen: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Andere mögen auch sagen: „Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht, wie.“ Das Theater der RPD. ist eben auf diejenigen berechnet, die nicht alle werden. Für den aufgeklärten und klassenbewußten Bergarbeiter kann es daher nur eine Organisation geben,

den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Deshalb muß jeder Bergarbeiter, der es mit seinen Interessen ernst meint, Mitglied unseres Verbandes sein!

Zur Mietermäßigung in den Bergmannswohnungen im Bereich der Treuhändstelle Essen.

Kurz vor Redaktionsschluss der letzten Nummer unserer Zeitung erhielten wir die Mitteilung, daß die Treuhändstelle eine weitere Erleichterung in der Mietzahlung beschlossen hat, die rückwirkend ab 1. Juli d. J. in Kraft tritt.

Wir konnten den Beschluß nur verkürzt bringen. Um gegebenenfalls Unklarheiten vorzubeugen, lassen wir im nachstehenden die ab 25. Juni 1931 beschlossene Mietermäßigung in besonders bedürftigen Fällen in der am 15. Oktober d. J. abgeänderten Fassung folgen:

„Eine Mietermäßigung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmung soll auf besonderen schriftlichen Antrag allen denjenigen Mietern gewährt werden, deren Einkommen zuzüglich des Einkommens der in der Wohnung mitlebenden Familienangehörigen folgende Beträge nicht übersteigt:

1. 1200 M. jährlich oder 100 M. monatlich, sofern die Wohnung nur von dem Mieter und seiner Ehefrau bewohnt wird,
2. 1300 M. jährlich oder 108 M. monatlich, wenn daneben noch ein weiterer Familienangehöriger die Wohnung mitbewohnt,
3. 1400 M. jährlich oder 116 M. monatlich, wenn daneben noch zwei weitere Familienangehörige die Wohnung mitbewohnen,
4. 1500 M. jährlich oder 125 M. monatlich, wenn daneben noch drei weitere Familienangehörige die Wohnung mitbewohnen,
5. 1700 M. jährlich oder 141 M. monatlich, wenn daneben noch vier weitere Familienangehörige die Wohnung mitbewohnen,
6. 1900 M. jährlich oder 158 M. monatlich, wenn daneben noch fünf weitere Familienangehörige die Wohnung mitbewohnen,
7. 2100 M. jährlich oder 175 M. monatlich, wenn daneben noch sechs oder mehr Familienangehörige die Wohnung mitbewohnen.“

Die Mietermäßigung beträgt 10 Proz. der Friedens- bzw. Grundmiete bei einer Friedensmiete von 20 bis 24 M. und 20 Proz. bei einer Friedensmiete von 24 M. an und mehr. Für die ab 1. November 1930 bezogenen Neubauwohnungen — ganz gleich, in welchen Orten sie errichtet sind — kommen die Mieten für Orte mit über 100 000 Einwohnern in Frage. Im übrigen verweisen wir auf Nr. 29 der „Bergbau-Industrie“, in welcher die Friedensmiete für alle Wohngrößen und Orte sowie die jetzt gültigen Mieten bekanntgegeben sind. Die Abänderung des Beschlusses vom 25. Juni d. J. ist erfolgt mit Rücksicht auf die kinderreichen Mieterfamilien. Leider sind all die Fälle noch ausgeschlossen, die eine Friedensmiete von unter 20 M. oder als jetzige Miete 26 M. monatlich zu leisten haben, obwohl auch hier sehr häufig Fälle zu verzeichnen sind, in denen die Bedürftigkeit nicht von der Hand zu weisen ist. Aufgabe unserer Vertreter in der Treuhändstelle wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß auch diesen nach Möglichkeit durch einen Mietsnachlaß, wenn auch nur in geringem Umfange, geholfen wird.

Wichtig! Ortsverwaltungen!

Die Berichtsstärke über die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist spätestens am 4. eines jeden Monats auszufüllen und abzulenden.

„Du hast gut reden. Dem armen Arbeiter sind Lohnfragen und Fragen der Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung usw. heute das wichtigste. Hier gilt es auch Erfolge herauszuholen. Der Arbeiter sagt, daß er was zu fressen haben will.“

„Aber natürlich sagt er das. Und das sagt er mit Recht. Aber wir haben doch die letzten Jahre dauernd in diesem Sinne gekämpft. Wir haben Fortschritte erzielt. Aber gerade deswegen sind wir doch jetzt in diese politischen Entscheidungskämpfe hineingeraten. Die Kapitalistenklasse will die Gewerkschaften und das ganze schaffende Volk endgültig aus Politik und Wirtschaft zurückdrängen und ihm jede Mitwirkungsmöglichkeit rauben. Deshalb geht der Kampf der Kapitalisten ja auch jetzt nicht mehr dahin, sich eine Mehrheit im Parlament zu sichern, um über die Arbeiter regieren zu können, sondern sie kämpfen mit den Nationalsozialisten um die Diktaturgewalt. Und darin liegt für die Arbeiterklasse eine viel größere Gefahr als in der gegenwärtigen Politik der Regierung Brüning, selbst wenn sie der Arbeiterklasse vorübergehend Lohnabbau bringt, der bestimmt nicht das Ausmaß erreicht, das eine schwerkapitalistische Diktatur der Arbeiterschaft bescheren würde.“

„Das gebe ich offen zu. Es ist ja bekannt, daß die Kapitalisten ganz offen einen Lohnabbau von dreißig Prozent verlangen, weiter starke Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, wenn nicht gar Beseitigung derselben, Aufhebung des Tarifrechts, so daß der einzelne Arbeiter völlig der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert wäre und schließlich, was besonders die Forderung der Hitlerleute ist: Beseitigung und Verbot der „marxistischen“, also der freien Gewerkschaften.“

„Ganz recht; du heimeißt damit, daß du die Gefahr nicht unterschätzt. Aber nun frage dich ganz ehrlich, was du wohl für richtig hältst, ob die Tolerierung Brünings oder aber die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur. Du mußt die Frage so beantworten, als ob davon die Entscheidung abhinge. Also, wenn du zu entscheiden hättest, würdest du dann in diesem Moment diese Rechtsdiktatur wünschen?“

„Ich muß gestehen: Nein! Die Sache wäre natürlich doch zu riskant. Aber trotzdem bleibe ich dabei, daß dieser heutige Zustand auch fast unerträglich ist und es noch immer mehr wird.“

„Aber gewiß. Und davon kann ja auch keine Rede sein, daß dieser Zustand auf die Dauer gehalten werden kann oder soll.“

„Ja, siehst du denn überhaupt noch einen Ausweg aus dieser Situation?“

„O, gewiß sehe ich den. Es kommt nur darauf an, die Entwicklung und unsere Politik darauf hinzuwenden. Aber davon wollen wir das nächstmal reden, für heute ist es bereits zu spät.“

„Gut, aber vielleicht sagst du mir noch, wie du die nächste Zukunft siehst. Du gibst doch zu, daß wir allein das Kabinett Brüning ja auch nicht halten können, und daß es diesmal schon nur von Gnaden der Wirtschaftspartei erhalten blieb. Wie nun, wenn sich diese Partei im Februar, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, auf die Seite der „nationalen Opposition“ stellt?“

„Nun, die Frage ist durchaus berechtigt. Und ich muß gestehen, daß ich der Auffassung bin, daß im Februar das Kabinett

Aus dem Bezirk Köln. Zur Lohnvereinbarung im linksrheinischen Braunkohlenrevier.

Für den 15. Oktober hatten die Arbeitgeber zur Lohnvereinbarung eingeladen. Sie forderten in dieser Verhandlung einen Lohnabbau von 13 Pf. pro Stunde für alle Arbeiter über 20 Jahre. Der Lohn für Arbeiter unter 20 Jahre und für Arbeiterinnen sollte entsprechend herabgesetzt werden. Außerdem forderte man Herabsetzung der sozialen Zuschläge für die Familienangehörigen von 20 auf 15 Pf. Das war eine Forderung von insgesamt 14 Proz. Die Gewerkschaften gaben die Erklärung ab, daß diese Forderung für sie undiskutabel sei. Nach einhelligstündiger Aussprache wurde die Verhandlung ergebnislos abgebrochen. Daraufhin riefen die Arbeitgeber den Schlichter an. Am 19. Oktober wurden dann die Verhandlungen vor dem Schlichter fortgeführt. Nach längerem Verhandeln ermäßigten die Arbeitgeber ihre Forderung auf 8 Pf. Aber auch diese Forderung lehnten die Gewerkschaften ab. Nachmittags drohten die Verhandlungen zu scheitern, weil die Arbeitgeber unbedingt den Lohnabbau von 8 Pf. durchsetzen wollten. In später Abendstunde war es möglich, nachstehende Vereinbarung zu treffen:

1. Die derzeitige Lohnregelung zwischen den Parteien, insbesondere die Lohnregelung vom 1. Oktober 1930, wird mit Wirkung vom 18. Oktober ab ohne zeitliche Unterbrechung wieder in Kraft gesetzt und zwar mit folgender Maßgabe:

a) Die Tariflohnsätze für alle männlichen Arbeiter von 18 Jahren an werden um 5 Pf. gekürzt. Die übrigen Sätze der Lohnregelung ermäßigen sich um 5 Proz. Die Errechnung im einzelnen erfolgt nach dem bisherigen Schlüssel; bei der Ziffer 9 und 10 zu b) Grubenbetrieb, d. h. bei den Streckenhauern, wird der bisherige Multiplikator von 8,5 in 8 umgewandelt.

2. Diese Regelung gilt unkündbar bis Ende Februar 1932; sie ist zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit einmonatiger Frist und dann jeweils mit der gleichen Frist zum Monatsende kündbar.

Die Verhandlung hat unsern Kameraden gezeigt, daß, wenn die Gewerkschaften nicht einen solchen zähen Kampf um die Interessen der Bergarbeiter führen würden, der Lohnabbau von 13 Pf. heute Tatsache wäre. Deshalb ist es notwendig, daß jeder Kamerad ein neues Mitglied hinzugewinnt, um die Macht der Gewerkschaften weiter zu stärken, denn die Angriffe der Arbeitgeber können nur durch einen starken Verband abgewehrt werden.

Bezirk Niederschlesien. Der Schiedspruch im niederschlesischen Lohnstreit.

Wir teilen bereits mit, daß auch die Arbeitgeber für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau die Lohnregelung zum 31. Oktober d. J. kündigten.

Sie forderten in den Parteiverhandlungen einen Lohnabbau von 13 Proz. Sie gingen demnach mit ihrer Lohnforderung noch um 1 Proz. über die Forderung der übrigen Bergbaureviere hinaus, weil sie glaubten, sie seien im Januar im Lohnabbau gegenüber den übrigen deutschen Bergbaurevieren im Nachteil geblieben.

Da die Parteiverhandlungen ergebnislos verlaufen waren, haben die Unternehmer zur Beilegung des Lohnstreites den Schlichter angerufen.

Am 19. Oktober fanden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters für die Provinz Schlesien statt. Auch die Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters führten zu keinem positiven Ergebnis. Die dann vom Schlichter zu-

Brüning tatsächlich keine Mehrheit mehr finden wird, da die notwendigen Maßnahmen zur Ueberwindung dieses ungeheuren Notwinters noch jowiel Opfer von den verschiedenen Kreisen verlangen, daß dem Kabinett zumindest keine neuen Freunde, wohl aber neue und auch verbissener Feinde entstehen werden, als es deren jetzt schon hat.“

„Ja, wohl! Und was dann? Dann kommt also die Rechte doch ans Ruder und, wie Hitler und seine Leute sagen, ganz legal.“

„Wahrheitlich; ja. Aber trotzdem wird solcher Vorgang im Februar oder vielleicht gar schon bei einer früheren Reichstagsberatung etwas grundverschiedenes sein davon, was ein Sieg der Rechten in der Vergangenheit oder am 16. Oktober 1931 bedeutet hätte.“

„Wieso?“

„Nun, bis jetzt bestand immer die große Gefahr einer ausgesprochenen Faschistendiktatur à la Mussolini mit Adolf Hitler an der Spitze. Unsere Vermittlungstaktik, unsere antifaschistische Agitation und unsere stete Entlarvungspolitik gegenüber dem Nationalsozialismus, aber hat allmählich diese Gefahr sehr stark abgeschwächt.“

„Ich möchte nicht wieso. Die Nazibewegung ist doch nicht etwa im Abflauen begriffen, sondern sie wird jedenfalls noch stärker anschwellen.“

„Das wird sie ohne weiteres. Aber du mußt bedenken, je größer diese Bewegung wird, desto verbürgerlichter wird sie werden. Sie jagt immer größere Kreise des Bürgertums auf, die alles andere, nur nicht revolutionär sind. Diese Kreise bedeuten einen starken Hemmschuh gegenüber den ursprünglich radikal-revolutionären und sogar antikapitalistischen und damit schließlich auch antibürgerlichen Ideologien, von denen die Nazibewegung getragen war.“

„Ob sich da viel geändert hat? Sieh doch nur die SA-Leute und ihr radikales Auftreten.“

„Die Leute sind nur Mittel zum Zweck, um nach außen eine marschierende sieghafte Macht vorzutäuschen. Den wahren Charakter der Nazibewegung von heute muß man am Verhalten und an der Praxis ihrer Führer studieren. Und hier hat gerade die Tagung in Harzburg sehr vieles gelehrt. Es gibt heute keine eigentliche Faschistenbewegung mehr, die nach der Diktatur strebt oder mir der Möglichkeit einer solchen für sich rechnet. Die Faschisten haben sich mit dem übrigen reaktionären Bürgertum zu einer politischen Kampfgenossenschaft verbunden und die Parole ausgegeben: Wer diese Gemeinschaft zu zerstören versucht, der wird verfermt!“

„Nun, die Faschisten wollen damit nur das Bürgertum heulen, um so vielleicht leichter ihr Ziel zu erreichen, wie das ja der Naziführer Frick auch ausgedrückt hat.“

„Das mag ihre Hoffnung sein. Ob aber das übrige Bürgertum das alles freiwillig zuläßt, darf bezweifelt werden. Die deutschnationalen Organe, Grafen, Generale und die volksparteilichen Schwerindustriellen werden es sich noch überlegen, ob sie sich einer Diktatur dieser Bewegung um Hitler ausliefern, da doch die eigentlichen Kampftruppen, die SA- und SS-Leute ziemlich radikal und antibürgerlich und antikapitalistisch gedrückt sind.“

„Das mag schon stimmen. Aber wenn diese Rechtsreaktion

lammengerufene Schlichterkammer fand ebenfalls keinen Boden vor, auf dem eine Einigung möglich gewesen wäre. Die Kammer fällt deshalb folgenden Schiedspruch:

Die Löhne der Kohlenarbeiter des Waldenburger und Neuroder Revieres vom 1. Februar 1931 werden ab 1. November 1931 wieder in Kraft gesetzt mit der Änderung, daß sie um 7 Proz. gekürzt werden mit Ausnahme der Löhne unter B 4 a), b), E 1 a), b) und E 8.

Dieser Vertrag läuft bis 31. Dezember 1931 und kann zu diesem Termin mit einmonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden. Wird von diesem ersten Kündigungsrecht kein Gebrauch gemacht, so läuft er mit gleicher Kündigungsfrist jeweils einen Monat weiter.

Einen starken und nachteiligen Einfluß übte die Notverordnung vom 3. und 9. Oktober d. J., die eine Verbindung der Lohnfrage mit den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen herbeiführt, auf die Verhandlungen aus. Durch diese Notverordnung ist es nicht möglich, einen von den übrigen Revieren abweichenden Schiedspruch durchzubekommen. Die Einheitschiedsprüche bedürfen die ohnehin niedrig entlohnten Bergarbeiter der schlechten Bergbaureviere. Dazu kommt, daß die Arbeitslosenversicherungsbeiträge nur den Untertagearbeitern erlassen werden und die ohnehin schlecht bezahlten Ubertagearbeiter die ganze Schwere der 7prozentigen Lohnherabsetzung trifft. Es müßte unter allen Umständen versucht werden, eine Basis zu finden, die eine gerechtere Verteilung der erlassenen Arbeitslosenversicherungsbeiträge herbeiführt. Der Schiedspruch ist mit den Stimmen der Unternehmer gefällig worden. Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch einmütig abgelehnt, während die Unternehmer den Schiedspruch angenommen haben.

Gewerkschaftliche Organisation der Kohlenarbeiter in der Sowjetunion.

„Der Bergarbeiter“ (das Organ des Kohlenarbeiterverbandes) gibt in der Nummer vom 21. September Angaben sowohl über die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Kohlenindustrie der Sowjetunion in den letzten Jahren, wie auch über die Mitgliederzahl des Verbandes.

| | Wohlgarung der Arbeiter | Mitgliederzahl des Verbandes | Mitgliederzahl in % zu der Gesamtzahl |
|------------------|-------------------------|------------------------------|---------------------------------------|
| April 1928 . . . | 290 194 | 253 890 | 87,5 |
| April 1929 . . . | 315 042 | 274 101 | 87 |
| April 1930 . . . | 377 420 | 284 324 | 75 |
| April 1931 . . . | 400 479 | 282 013 | 74,4 |

Diese Zahlen zeigen ein schnelles Anwachsen der Gesamtzahl der Kohlenarbeiter, und zwar um 38 Proz. in drei Jahren. Andererseits wuchs die Mitgliederzahl des Kohlenarbeiterverbandes in diesen Jahren sehr langsam, so daß das Verhältnis zur Gesamtzahl prozentual sank.

Diese Entwicklung hängt damit zusammen, daß die neuen Kohlenarbeiter meistens Bauern sind, die aus den Dörfern kommen und sich nicht so leicht organisieren lassen. Auch der außerordentlich große Belegschaftswandel der Bergarbeiter hat zur Folge, daß der Verband die immer wachsenden Arbeiter der Belegschaft schwer erfassen kann. Außerdem spielt auch eine große Rolle der Umstand, daß der Verband das Eindringen der sogenannten „fremden Elemente“ — d. h. der aus den Dörfern wegen ihres Kulakentums ausgewiesenen Bauern bzw. ihrer Angehörigen — fürchtet und die Ausweisung der Neuangekommenen über ihre soziale Lage einer langen Prüfung unterzieht. Dabei herrscht in den Verbänden solche Schlampe, daß viele Gesuche um Aufnahme in den Verband — wie „Der Bergarbeiter“ feststellt — mehr als ein Jahr ohne Antwort bleiben.

auch parlamentarisch regiert, wird die Arbeiterschaft schon manches erleben.“

„Sehr richtig! Nur bleibt dann Gelegenheit, daß das Volk zu gegebener Zeit Rechenschaft verlangen kann, was bei einer faschistendiktatur nicht möglich gewesen wäre.“

„Wieviele wird sich eine kommende Rechtsregierung wenigstens soweit einig, daß sie einfach vorläufig nicht mehr wählen läßt.“

„Darüber wollen wir uns jetzt noch nicht den Kopf zerbrechen. Das wäre nämlich der sogenannte Staatsstreich. Und einen solchen Staatsstreich, also Sabotage der Verfassungsrechte, verübt, um gegen das schaffende Volk regieren zu können, ob das durchführbar ist, möchten wir vorerst bezweifeln.“

„Aber das wäre doch dasselbe, als ob die Faschisten allein die Diktatur hätten.“

„Das wäre nicht dasselbe. Es ist etwas anderes, ob die Faschisten allein einen Gewaltstreich machen könnten, den sie mit aller Brutalität und unberücksichtigt um Bürgerkrieg und Opfer durchzuführen versuchen, oder ob das gesamte Bürgertum mit im Bunde ist. Das Bürgertum scheut den Bürgerkrieg und weiß, daß die damit verbundenen Folgen gerade für es selber am gefährlichsten sind, denn der Arbeiter hat ja — materiell gesehen — nichts zu verlieren als seine Ketten. Und so wird sich zeigen, daß kommende Rechtsregierungen als Koalition der „nationalen Opposition“ von der Arbeiterklasse im Rahmen der Demokratie und der bestehenden Verfassung bekämpft werden können. Und darin liegt der ganze Sinn und Zweck unserer bisherigen Politik und Taktik gegenüber dem Kabinett Brüning. Es geht und gilt die Gefahr der Faschistendiktatur zu beseitigen und den politischen Kampf wieder auf eine legale Basis stellen zu können.“

„Das ist alles sehr richtig und gut, wenn die Rechnung stimmt und den Faschisten der Staatsstreich und die Ueberlistung des Bürgertums tatsächlich nicht gelingt.“

„Auch dieser Einwand ist berechtigt. Aber so darf man in der Politik nicht rechnen. Wenn die Faschisten schließlich doch zu dem Versuch kommen könnten, ihre Pläne zu verwirklichen, dann ist es immer noch früh genug, weil die Folgen solchen Versuches für den Staat und das deutsche Volk, besonders aber für das schaffende Volk, furchtbar wären. Und dann hat die Zeit, die uns vorläufig, durch unsere Haltung zum Kabinett Brüning, noch verblieben ist und verbleibt, wenigstens den Vorteil gehabt, daß wir uns nach bester Möglichkeit auf diese Dinge vorbereiten konnten. Bestätigt sich aber die Hoffnung, daß wir die demokratische und parlamentarische Plattform für den politischen Kampf durch unsere Haltung und Taktik erhalten können, dann lohnen sich all die Opfer, die uns diese Zeit kostet, hundertfach im Vergleich zu dem, was eine Faschistendiktatur und ein damit verbundener Bürgerkrieg und politischer, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch dem arbeitenden Volke bringen müßte, selbst wenn wir am Ende immer noch als die Sieger dastehen würden.“ P. Z.

Narrenhaus Kapitalismus.

Nach Gummivorräte sollen verbrannt werden!

Vor einigen Monaten wurde in Santos (Brasilien) mit der Verbrennung von Kaffeeworräten zur Verknappung der Weltvorräte begonnen, um, als die Bevölkerung den Geruch des verbrannten Kaffees nicht gut ertragen konnte, erfolgte die Verbrennung der Kaffeeworräte auf andere Weise: der Kaffee wurde ins Meer geschüttet! Statt den Kaffee Arbeitlosen zu schenken, die den Markt für Kaffee nicht gefüllt hätten, da sie kein Geld für den Kauf von Kaffee besitzen, wurde der Kaffee vernichtet. Demüht hat die Vernichtung nichts, der weitere Sturz der Kaffeepreise konnte nicht aufgehalten werden.

Jetzt wird vom Gummi Kapital ein ähnlicher Plan propagiert. Die Besitzer von Gummivorräten sollen die vorhandenen Gummivorräte auffaufen und sie zwecks Verknappung der Weltvorräte verbrennen. Die Plantagenbesitzer wurden zum Teil für den Plan gewonnen, nachdem die Aktion zur organisierten Einschränkung der Gummiproduktion schickerte. Selbstverständlich könnten diese Vorräte sehr gut Verwendung finden, z. B. für Straßenbau, für den Gummi ein ausgezeichnetes Material ist. Die kapitalistische Moral zieht jedoch die Verbrennung der Gummivorräte vor!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemshausen Straße 38-42, zu beziehen.

Wahn-Europa 1934. Von Hanns Gohlf. Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf. Preis: Reimen 4,80 M. In der bekannten guten Ausstattung, die dieser Verlag seinen Büchern gibt, liegt hier zu billigem Preis ein hervorragendes Werk vor. Wie infolge des Fehlens der Abkehr von alten diplomatischen Methoden, infolge Verlagen des Völkerbundes die Welt in einen neuen Krieg schlichtet, trotzdem ein gewerkhafter hervorragender Friedensapostel und französischer Außenminister ist, wird hier in hochinteressanter Weise gezeigt. Paul Löbe, Anton Erkelenz, von Schoenald, Emil Ludwig, von Deimling, Sollmann u. a. widmen dem hervorragenden Werk warme Empfehlung.

Deutschland und die Weltwirtschaft. Von Georg Wenig. Erschienen bei J. H. W. Dietz Nachf., GmbH, Berlin SW. 68. Das Buch will die deutsche Wirtschaft in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft darstellen, um so die Möglichkeit zu geben, das Wesen der Wirtschaftskrisen in seiner ganzen Eigenart und Problematik erkennen zu können. Es folgt dem Ganzen die Ab-

licht zugrunde, damit insbesondere der Arbeitnehmerschaft die Kenntnis und Erkenntnis zu vermitteln, die notwendig ist, um das Vertrauen zu schaffen in die eigene organisierte Kraft und den Glauben an die Möglichkeit der Krisenüberwindung. Hiervon ausgehend darf man sagen, daß der Verfasser seine Aufgabe weitgehend gelöst hat. Das Buch ist wirklich eine wertvolle Ergänzung des geistigen Rüstzeugs der Arbeiterschaft. Es wäre zu wünschen, daß sich möglichst viele seiner bedienten, d. h. sich daselbst kaufen. Es kostet 3,80 M.

Knappschaffsältestenkommission Herne.

Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Reddinghausen: Quartalsversammlung. Unbedingt geschäftliche Angelegenheiten erforderlich.

Schluß des redaktionellen Teils.

Werbt neue Mitglieder!

Eine wertvolle Winterhilfe bietet Deutschlands größtes und leistungsfähigstes Verbandsorgan auf dem Gebiete des Herabsetzens und Verschönerens: Der Reichsverband Deutscher Arbeitervereine (D.A.V.) in Berlin 64, Markstraße 38. Lassen Sie sich kostenlos den reichhaltigen Winterkatalog schicken! Bitte achten Sie auf das in dieser Nummer erscheinende Inserat.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist würziger!

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Exportgeschäft der Welt
Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken u. eigenem Auslieferungswesen.

2500 Arbeiter und Angestellte.
31472 Spindeln in eigener Spinnerei.
1600 mech. Webstühle in eigener Weberei.

700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
find im letzten Jahre bei mir eingetroffen!

900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mit meine alten Kunden in einem Jahre eingeholt.

Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erlaube auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen.

Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung von M. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise **noch 5 Prozent Rabatt.**

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch **1 brauchbare Schla decke mit kleinen unsehenswerten Fehlern.**

91. Preise per Meter Breite M. 1/2

Lungenkrankheiten

und ihre Verste...
Loben befeuert die...
Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemshausen Straße 38-42, zu beziehen.

Sie müssen Briefe schreiben, die Eindruck machen!

Wählen Sie meinen...
Bücherversand Gutenberg, Dresden-St. 590

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!
Vortrauliches, best-reellstes christliches Haus!

Sie müssen Briefe schreiben, die Eindruck machen!

Wählen Sie meinen...
Bücherversand Gutenberg, Dresden-St. 590

50000 neue Musikinstrumente

VERSAND ABFABRIK...
Jedes Musikinstrument 8 Tage zum Probieren!

PREISABBAU - Neue Gänsefedern!

Mit Daunen, doppelt gereinigt...
Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 m. b. H. Rosenstr. 11

Heeresgut

Behördenwaren usw., gut erhalten.
Mil.-Kopfhelm, Wollha 0,90/0,35
Mil.-Fingerhandschuhe 0,69, 0,48
Mil.-Wollhandschuhe, fädig, 0,95
Mil.-Fausthandschuhe (neu) 1,40
Mil.-Krimmerpudel, schwarz, 0,90
Mil.-Trikotunterhos, sehr haltb., 0,80
Mil.-Strickjacken, reine Woll, 1,45
Mil.-Lohschürze, Zepfervolle, 0,60
Mil.-Drilljacken u. Hosen, Stück, 2,50
Wollensack, fädig, Tuch, 7,60, 6,50
Mil.-Tuchhosen, feldgrau, lang, 3,90
Mil.-Tuchhosen, schw. u. feldgr., 3,95
Mil.-Reithosen, m. Tuch-Besatz, 6,40
Mil.-Reithosen m. Leder-Besatz, 9,80
Baumw.-Winterjacken, 7,40, 6,50
Mil.-Pullover, Zeitbeständig, 4,80
Marin-Öljacken, 6,75, 5,65

noch 5 Prozent Rabatt.

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schla decke mit kleinen unsehenswerten Fehlern.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfüllende Sorten.
1 Mtl.: graue gefüllte Mtl. 2,50, halbbweiße Mtl. 3.—, weiße Mtl. 4.—, bessere Mtl. 5.—, u. 8.—, daunenweiße Mtl. 7.—, u. 8.—, beste Sorte Mtl. 10.—, u. 12.—, weiße gefüllte Mtl. 15,50, u. 7,50, beste Sorte Mtl. 9,50

Stoffe

direkt an Private...
EISU - Stahl-Betten

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, gefüllte...
S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 709 (Böhmen).

Unsere Winterhülle

Zivilhosen, nur (neu 2,85) 1,75
Zivilhosen, halb, neu 2,95, 0,98
Zivilhosen u. Jack, Winterlich 3,25
Zivilmäntel, Winterlich 6,40, 5,90

Weisses Hemdentuch

einmal gefaltet, 70 cm per mtr. -20
Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarke, blau gefärbt, 80 cm per mtr. -38
Vorhangstoff, log. Gardinen mit sehr haltbaren Farben, 70 cm per mtr. -18
Handtücher, schwere Strapazierqualität, 40 cm per mtr. -28
Baumwolltuch, ungelblich, mittelstarke, haltbare Sorte, 76 cm per mtr. -28
Baumwolltuch, halbe, sehr ungewöhnliche Qualität, 76 cm per mtr. -38
Hemdenmanell, gute, halbbweiße Qualität, echt indischerfarbig gefärbt, 70 cm per mtr. -30
Hemdenmanell, echt indischerfarbig gefärbt, außerordentlich haltbar, sehr ungewöhnliche Qualität, 75 cm per mtr. -49
Weisses Makotuch, feinfädig, sehr dicht geflochten, garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäsche, 80 cm per mtr. -50
Stuhluch, auch Hausstuch gen., sehr dicht geflochten, halbe Qualität, für bessere, strapazierfähige Bettüber 150 cm mtr. 1,15
Frotterhandtücher, aus Kräftstoff, mit schönen eingewebten Mustern, Größe 45 mal 100 cm per Stück -70
Damentaschentücher, weich mit Hochbaum, feinfädig, gute, sehr haltbare Qualität, 30 mal 30 cm p. 1/2 Tgd. -70
Wischtücher, gute, beliebige Größe, 45 mal 45 cm per 1/2 Tgd. -70

Miele
Das Geheimnis unseres Erfolges liegt in der gewissenhaften Durchführung des Qualitäts-Prinzips.
Die Auswahl und Pflege der Hölzer sowie deren Bearbeitung haben in unserem Betriebe eine Vollkommenheit erreicht, die nicht mehr übertroffen werden kann. Das gleiche gilt von der Metallbearbeitung. In keiner unserer Abteilungen wird am fließenden Band gearbeitet, wodurch der Charakter der Präzisions-Fabrikation nicht gestört wird. Jede Waschmaschine, Wringmaschine und Mangel verläßt die Fabrik als Musterstück, sie ist von den betreffenden Facharbeitern so sorgfältig hergestellt, als ob sie für ihren eigenen Gebrauch bestimmt wäre.
Gut und preiswert, das ist der Grundsatz, nach dem wir arbeiten.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Miele

Das Geheimnis unseres Erfolges liegt in der gewissenhaften Durchführung des Qualitäts-Prinzips.
Die Auswahl und Pflege der Hölzer sowie deren Bearbeitung haben in unserem Betriebe eine Vollkommenheit erreicht, die nicht mehr übertroffen werden kann. Das gleiche gilt von der Metallbearbeitung. In keiner unserer Abteilungen wird am fließenden Band gearbeitet, wodurch der Charakter der Präzisions-Fabrikation nicht gestört wird. Jede Waschmaschine, Wringmaschine und Mangel verläßt die Fabrik als Musterstück, sie ist von den betreffenden Facharbeitern so sorgfältig hergestellt, als ob sie für ihren eigenen Gebrauch bestimmt wäre.
Gut und preiswert, das ist der Grundsatz, nach dem wir arbeiten.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Deutsche Lederwarenfabrikation

Berlin 207, Rosenthaler Str. 22
Größtes Detailvertriebshaus Deutschlands dieser Art.
17 Großfilialen - Lager
Fig. Weberei, nur dabei so billig!
Gez. Handel 1921

Ungeheuer vorteilhaft!

Bei Bestellung von M. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise noch 5 Prozent Rabatt.
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schla decke mit kleinen unsehenswerten Fehlern.

Sächsische Bettfedern

Fabr. P. Hoyer, Belitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen.
Ferner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei.

Josef Witt Weiden 295 (Oberpfalz)

Webwaren - Fabrikation - Auslieferung - Versand

Käse billiger!
3 Pfd. rote Käse 3,60
200 gr. Käse 3,60
4 1/2 Pf. Käse und 100 gr. Käse, ab hier.
Carl Ramms, Norderf., Holst. 40 A

Auskauf unsonst!
alle man von Bettmässen sofort befreit wird. Alle u. Geschlecht angeben.
Dr. med. Eisenbach, München 6, Dachauerstr. 15